

Der Steinarbeiter

Organ des Zentralverbandes der Steinarbeiter Deutschlands

Der Steinarbeiter erscheint einmal wöchentlich am Sonnabend.
Abonnementspreis durch die Post inkl. Bestellgeld vierteljährlich 1.20 Mk.
Nichtverbandmitglieder haben direkt bei der Post zu bestellen.

Redaktion und Expedition:
Leipzig
Zelcher Strasse 32, IV., Volkshaus
Telephonruf 7503.

Anzeigen: An Gebühren werden von Privaten 40 Pfg. für die gespaltene
Petitzelle oder deren Raum berechnet. — Inserate werden nur gegen
vorherige Einlegung des Betrages aufgenommen.
„Der Steinarbeiter“ ist unter Nr. 7528 der Zeitungs-Postliste eingetragen.

Nr. 38.

Sonnabend, den 23. September 1911.

15. Jahrgang.

Inhalt.

Hauptblatt: Streiks, Sperren und Lohnbewegungen. — Der Parteitag in Jena. — Das Prämiensystem in der Steinindustrie. — Zu den Arbeitsangeboten im „Steinarbeiter“. — Aus der Reichsversicherungsordnung. — Gewerkschaftsbewegung und Neutralität der Behörden. I. — Korrespondenzen. — Bekanntmachungen des Zentralvorstandes. — Rundschau. — Steinausführungen. — Quittung. — Allgemeine Bekanntmachungen. — Adressen-Änderungen. — Briefkasten. — Anzeigen.

Beilage: Tatsiches bei Lohnbewegungen und Streiks. II. Bebel über den Krieg. — Die Teuerung. — Der Kampf gegen das Koalitionsrecht. III. — Schwarze Rechnungskünstler — Griftlicher Schwindel. — Feuilleton: Bornholmer Granit.

Streiks, Sperren und Lohnbewegungen.

(Ueber alle unter dieser Rubrik veröffentlichten Bewegungen ist wöchentlich zu berichten; wo das unterbleibt, fällt für die folgende Nummer die Bekanntmachung weg.)

Gesperrt sind: Wellerode: Firma Siede. — Erfurt: Kunststeinfabrik, G. m. b. H., in der Radowitzstraße. — Heidingsfeld: Die Betriebe Adelman und Kämmer. — Heigenbrücken: Firma Heider. — Rembach: Firma Seubt.

Mülheim. Die Kollegen bei der Firma Rauen stehen im Streik.

Hannover. Die Marmorarbeiter der Firma August Wegener stehen im Streik. Wegener versucht alles, um Arbeitswillige anwerben zu können.

Bohwinkel-Elberfeld. Die Kollegen der Hohmannwerke befinden sich im Streik, die Mehrzahl ist anderweit in Arbeit.

Strehlen, Ströbel und Raltheaus. Zugang nach den Schallschen Betrieben ist zu unterlassen. Schall weigert sich, einen Tarif mit den Arbeitern abzuschließen.

Girlachsdorf (Schlesien). 28 Mann der Firma Thasler haben gekündigt. Der schnell reich gewordene Firmeninhaber lehnte unter höhnischen Redensarten die minimalen Forderungen der Kollegen ab. Zugang ist fernzuhalten.

Löwenberg (Schlesien). Wegen Nichtanerkennung des Bunzlauer Tarifs ist die Firma Ende gesperrt.

Oesterreich. Gesperrt sind: Rottes, Mühldorf, Pöhl, Friedeberg, Klein-Krosse, Rotwasser, Seydorf, Schwarzwasser und Smilowich.

Schweiz. Die Firma Hermann in Basel ist gesperrt.

Ungarn. Gesperrt sind: Temesvár, Agram, Pecs und Fiume.

Der Parteitag in Jena.

In großen Scharen waren diesmal die Delegierten der sozialdemokratischen Partei nach Jena geeilt. Der diesjährige Parteitag war wegen der kommenden Reichstagswahlen besonders wichtig, denn es mußte Heerschau gehalten werden, ob alles schlachtbereit sei. Im verflochtenen Jahre wurde riesig gearbeitet. Die Mitgliedszahlen der Partei stiegen, die Abonnentenzahlen der Presse schwellen gewaltig an, und die Finanzen sind in sehr geordnetem Zustande. Die bürgerliche Presse pläzt vor Wut, weil auch sie der sozialdemokratischen Partei nachsagen mußte, daß im Punkte Agitation und Organisation die „Roten“ unübertrefflich seien. Die Reichstagswahlen brachten in den letzten Jahren der Partei erhebliche Gewinne, ein Zeichen, daß die Sache des Sozialismus marchiert.

Zu Präsidenten wurden gewählt die Genossen Diez (Stuttgart) und Leber (Jena). Der langjährige geschickte Präsident und unvergeßliche Singer wurde Anfangs dieses Jahres der kühlen Erde übergeben und diese sympathische Persönlichkeit wurde in Jena sehr vermisst.

Ueber den Bericht des Parteivorstandes entspann sich eine längere Debatte. Ritzgelein waren es, welche von den Oppositionsrednern mit Aufbietung der sadenheintigsten Gründe vorgebracht wurden. Der Parteivorstand soll nämlich beim Marokkokonflikt die Massen zu spät auf den Plan gerufen haben. So wenigstens sagte es die Genossin Dr. Luxemburg, unterstützt von den Genossen Dr. Liebknecht und Dr. Lensch. — Der Parteivorstand ließ über die Marokko-Affäre ein populäres Flugblatt schreiben, aber just etliche Tage nach Verbreitung desselben läßt die Genossin Dr. Luxemburg in ihrem Leiborgan, der „Leipziger Volkszeitung“, einen scharfen Artikel gegen das Flugblatt los. Es war nach ihrer Meinung nicht inhaltsreich genug. Tausende von Genossen haben, in ihrer glühenden Liebe zur Sache des Sozialismus, dasselbe im Reich verbreitet, und dann müssen sie in der „L. V.“ lesen, welchen „Schund“ der Parteivorstand der Öffentlichkeit zur „Aufklärung“ unterbreitete. Als Verfasser stellte sich dann der anerkannte Theoretiker des Sozialismus, Genosse Kautsky, im „Vorwärts“ selbst vor. Und wenn sich Kautsky damals die Genossen L. scharf vornahm, so war das im Interesse der deutschen Partei sehr notwendig. Wir sagen es mit Vorbedacht: die „L. V.“ hat ganz gewissenlos und im höchsten Maße „partei-schädigend“ gehandelt, als sie den genannten unmotivierten Artikel aufnahm. — Aber es gibt eben Leute, die haben keinen

Funken von Verantwortungsgefühl, die Hauptsache ist, wenn sie alles in Grund verdammen können. Nun, der Parteitag stand, ausgenommen einer „superflugen“, hyperaktiven Gruppe, einmütig hinter dem Vorstand. Dr. Lensch, der schon öfters in provozierender Weise den Gewerkschaftsleitern gegenüber auftrat, mußte sich vom Genossen Wels, dem Leiter der Berliner Organisationen, sagen lassen, „daß er ihn nicht mehr ernst nehmen könne“. Diese Züchtigung mag dem Chefredakteur der „L. V.“ ziemlich geschmerzt haben, aber sie war sehr wohlverdient. Wir hoffen nur, daß die Lektion nicht so schnell vergessen wird.

Jeder, der den Vorstandsbericht mit Objektivität gelesen hat, wird zugeben müssen, daß die Parteileitung intensiv und mit vielem Erfolg arbeitete. Wir sind die letzten, die sich gegen eine Kritik auflehnen, aber was in bezug des Marokkokonflikts vorgebracht wurde, das war nichts als Silbenstecherei. Wir können es vollauf begreifen, wenn Bebel der Genossin Luxemburg ganz unverbürgt sagte, in welcher irreführender Weise sie einen Privatbrief Mollenbuhrs nach richtiger Fälscherart „zurechtfriserte“. — Es ist nur schade, daß beim Vorstandsbericht die Anträge, welche auf die Marokkopolitik Bezug nehmen, vor der Abstimmung zurückgezogen wurden. Es ist somit den Genossen im Lande erspart geblieben, zu erfahren, ob die Gruppe, welche den Vorstand niederrennen wollte, ein „Bäderduzend“ stark gewesen wäre.

Der Parteitag bewies ein großes Interesse für die Frauen- und Jugendbewegung. Und die Frauenzeitung: „Die Gleichheit“, sowie die „Arbeiterjugend“, sind geradezu vorzüglich redigiert. Nicht zu vergessen sind die Bildungsbestrebungen innerhalb der Partei, und Genosse Schulz hat sich als äußerst begabter Leiter der Bildungsbewegung erwiesen. — Die Kleinlichen, wenn auch mit großer Zähigkeit vorgetragenen Angriffe haben den Parteivorstand in Jena sicherlich nicht brüskieren können. Die Angreifer sind aber dabei ziemlich lädiert aus der unternommenen Attacke hervorgegangen, und mancher wird von seinem weithin strahlenden Glorienschein sehr viel eingebüßt haben.

Die Maifeier stand auch wieder zur Tagesordnung. Wir können das viele Reden über diesen Punkt nicht recht begreifen. Diese Feier hat sich in der Arbeiterbewegung gut eingebürgert, und sie wird immer mehr an Anhängerschaft gewinnen. Deshalb begrüßen wir es, daß der in Nürnberg gefasste Beschluß, betreffend die Abführung eines Tagesverdienstes, auch weiterhin bestehen bleibt. Wer am 1. Mai feiert und keinen Lohnausfall erleidet, der hat diesen Betrag unter allen Umständen an die Parteikasse abzuliefern. Die Genossen Lipinski und Simon traten für die Aufhebung des Beschlusses des 1. Mai ein, weil sie meinten, indem ein Teil der Genossen nicht zahlt, käme es zu unerquicklichen Differenzen. Ja, da sind wir der Meinung, daß gegen solche Leute die örtlichen Parteinstanzen scharfer vorgehen müßten. Diejenigen aber, welche die auskömmlichsten Gehälter beziehen, wollen sich am ehesten um die Abführung des auf den 1. Mai entfallenden Tagesverdienstes drücken. Das kommt uns so vor, als wenn ein Bischof eine Kollekte ausschreibt. Die Gaben werden eingekammelt und an den Bischof übergeben. Da sagt ein Sammler: „Aber Hochwürden, Sie müssen doch auch noch geben.“ Aber der Herr Bischof gab nichts, denn er hatte ja die Kollekte propagiert. — Wir stimmen den vortrefflichen Ausführungen Leinerts (Hannover) vollständig zu, wenn er sagte: „Wie können die, die aus den Beiträgen der Arbeiter besoldet werden, sich weigern, einen Tagelohn abzuführen. Eine Rechtsfrage ist die ganze Frage überhaupt nicht, denn wenn wir nach dem Recht fragen wollen, dann muß der Beschluß hochgehalten werden.“ Das war der, aber höchst zutreffend.

Den Höhepunkt des Parteitags bildeten die inhaltsreichen Referate des immer jugendfrischen Führers August Bebel über Marokko und die nächsten Reichstagswahlen. Bebel sprach diesmal besonders zündend und temperamentvoll, dabei operierte er taktisch äußerst geschickt. Er hatte den ganzen Parteitag in seinen Bann gezogen. Auf der Galerie hatten sich neben den großen Proletariatsmassen auch die Studenten und Professoren der Jenaer Universität zahlreich eingefunden. Wie muß diesen Akademikern zumute gewesen sein, als Bebel unter stürmischem Beifall die infame Kriegsbege der Alldeutschen geißelte, und wie er dann in so klarer Weise ein scharf umrissenes Bild über die äußerst traurigen Folgen eines Kriegs gab. Diese Rede war eine Friedensdemonstration von ungeheurer Bedeutung. — Daß Bebel beim Kapitel Reichstagswahlen wertvolle Richtungslinien für die Agitation gab, ist selbstverständlich. Besonders nahm er sich das demagogische Zentrum kräftig vor, und zeigte dann in prägnanter Weise, in welcher frivolen Art die paar griftlichen Reichstagsabgeordneten sich immer als Schwanzstück des Zentrums benutzen lassen. Und Bebel traf den Nagel auf den Kopf, wenn er meinte: „Bei den Wahlen keinen Optimismus!“ Sehr richtig, es muß die Wahlarbeit so intensiv und mit solchem Nachdruck betrieben werden, daß uns selbst die vereinigten Gegner nicht besiegen können. Daß bei den kommenden Reichstagswahlen sich die organisierten Steinarbeiter mit großer Liebe der sozialdemokratischen Partei zur Kleinarbeit zur Verfügung stellen, ist eine Selbstverständlichkeit.

Ueber die Reichsversicherungsordnung sprach der Abg. Mollenbuhr. Er wird als einer der besten Kenner der sozialen Gesetzgebung angesehen. Sein Referat war ebenfalls großzügig aufgebaut.

Die Bekämpfung des Alkoholismus wurde den Genossen ebenfalls stark eingeschärft. Der Delegierte Kupferschmidt-Berlin trat für einen Antrag Berlin IV ein: „Der Parteitag ruft den Genossen erneut und auf das dringendste den Beschluß des Leipziger Parteitags in Erinnerung, wonach die organisierten Arbeiter aufgefordert werden, den Schnapsgenuß zu unterlassen.“ Der Antrag wurde einstimmig angenommen.

Von der Verbands-Generalversammlung Groß-Berlin lag eine längere Resolution vor, in der gegen den Neutralitätsfanatismus des Generalsekretärs des Zentralverbandes deutscher Konsumvereine, Heinrich Kaufmann protestiert wird und die Genossen und Genossinnen zum massenhaften Eintritt in die Konsumvereine aufgefordert werden.

Diese Resolution begründete in einer sehr wirksamen Rede Genosse Göhre, der ehemalige Pastor. In Arbeiterkreisen hat man schon längst das Empfinden, daß die Herren von der Großkaufmann-Gesellschaft immer mehr von der Sozialdemokratie abdrücken. Göhre sagte den Hamburger Führern bittere Wahrheiten. Bedauerlich ist es, daß die Resolution, die sicherlich mit großer Mehrheit angenommen worden wäre, zurückgezogen wurde.

Als Sekretäre wurden die Genossen Scheidemann, Kassel und Braun-Königsberg neu in den Parteivorstand gewählt. Zweifellos sind die Gewählten äußerst tüchtige Leute und mit einem großen agitatorischen Geschick ausgerüstet. Als Parteivorstehende wurden gewählt Bebel und Haase. Letzterer vertritt die Stelle des verstorbenen Genossen Singer. Haase ist Rechtsanwalt und sah schon einige Jahre im Reichstag. Zweifellos gehört ein tüchtiger Jurist ohne weiteres in das Parteivorstandskollegium. Wir können die Wahl Haases als eine recht glückliche bezeichnen.

Mit dem Verlauf des Parteitags sind wir vollauf zufrieden, er hat gute Arbeit geleistet. Was besonders angenehm berührte, war, daß die Journalistengruppe, die in der „Leipziger Volkszeitung“ so oft und so vorlaut zum Worte kommt, in Jena absolut keinen Resonanzboden hatte. Auch Liebknecht täte gut, seine Massenaktionsgeschäfte weniger in den Vordergrund zu rücken, die Genossen im Lande haben es mit den „Allerweltsbesserwissern“ herzlich satt. Und so kam es in Jena, daß die Genossen Liebknecht, Ledebour, Lensch, Stadthagen und Henke mit ihren Argumenten zu den einzelnen Tagesordnungspunkten nicht die geringste Zustimmung fanden. Der Parteitag hat gezeigt, daß er praktische Arbeit zu leisten gewillt war. Die Partei hat es weiterhin gründlich satt, sich von einigen „Querköpfen“, die Lust am Skandal haben, die Chancen für die Zukunft rauben zu lassen. Bebel war mit Recht empört über jene Gruppe; er sagte in dieser Beziehung den Genossen, welche hierbei in Frage kamen, in ungeschminkter Weise seine Meinung. Und der Parteitag befandete mit überwältigender Mehrheit, daß ihm Bebel aus dem Herzen gesprochen hatte. Wir haben sogar die Empfindung, daß sich nach dem Parteitag in Jena Partei und Gewerkschaften noch inniger zusammenschließen werden. Der Parteivorstand hat bezüglich des Buchdruckerkonflikts das bekannte Zirkular erlassen, welches in Gewerkschaftskreisen einen guten Eindruck erweckte.

Und so können wir mit kühler Ruhe den zukünftigen Wahlen entgegensehen. Die Partei ist schlachtbereit, wie das die Verhandlungen in Jena erwiesen haben.

Das Prämiensystem in der Steinindustrie.

Die organisierten Steinarbeiter führen seit Jahren einen erbitterten Kampf, um das wilde Affordsystem zu beseitigen. Diese Entlohnungsmethode, welche eine sehr große Ausbeutung durch die Kapitalisten zuläßt, treibt in der Steinindustrie die tollsten Blüten. Es hat erbitterte Kämpfe durch den Zentralverband deutscher Steinarbeiter gekostet, bis dem wilden Affordsystem durch Abschließung von Tarifverträgen immer mehr das Wasser abgegraben werden konnte. Aber es besteht in einigen Steinbruchbezirken noch das verwerfliche Prämiensystem, welches in Zukunft mit aller Schärfe bekämpft werden muß. Die Kollegen, welche unter einem solchen System arbeiten müssen, wissen, wie menschenentwürdigend dasselbe ist. Sie wissen, daß sie den betreffenden Unternehmern ihre Arbeitskraft zur Verfügung stellen müssen, ob sie im Grunde wollen oder nicht. Wo die schimpfliche Prämienzahlung herrscht, da herrscht auch das raffinierteste, willkürlichste Ausbeutungssystem durch die Unternehmer.

Warum ist das Prämiensystem so verwerflich zu nennen? Die Unternehmer setzen beim wilden Afford die Lohnsätze recht niedrig und lassen durch die Arbeitsordnung bestimmen, daß es für den Kubikmeter gespaltene Stein oder für den Quadratmeter Pflasterstein so und soviel Prämie gibt. Diese Prämie legt natürlich ganz selbständig der Unternehmer fest. Die gewöhnliche Lohnzahlung findet nun aller 8 Tage oder auch aller 14 Tage statt. Die Prämie behält aber der Unternehmer

mit dem Bau des Theaterplatzes und des Restaurations-Etablissements am Elbufer, nach den Plänen Professor Erlweins, begonnen werden. Für die Bauausführungen sind insgesamt 1 1/2 Millionen Mark bewilligt. Ebenso wird auf dem im städtischen König-Albert-Park gelegenen Wolfshügel das Projekt eines massiven Turmbaus nach der Planung des städtischen Hochbauamts jetzt zur Ausführung gebracht. Ein weiteres kostspieliges und umfangreiches Bauprojekt wird die Stadtverwaltung in der Wilsdruffer Straße ausführen lassen. Diese im Herzen der Stadt gelegene Hauptverkehrsader muß erweitert werden, was aber nur nach und nach durch Zurückdrücken der Häuserfronten auf der Südseite erfolgen kann. Die Stadt setzte sich zu dem Zwecke in den Besitz der an den beiden Straßenmündungen nach dem Altmarkt und dem Postplatz gelegenen vier Hausgrundstücke und läßt diese jetzt niederlegen, um an ihrer Stelle in der Fluchtlinie zurückgesetzte Neubauten errichten zu lassen. Dagegen ist der Bau einer fünften städtischen Elbbrücke, die den auf dem linken Elbufer gelegenen Schlachthof und den König-Albert-Park mit der gegenüberliegenden Leipziger Vorstadt verbinden soll, auf einige Jahre verschoben worden.

Inwieweit zu den genannten Bauten Sandstein Verwendung findet, ist allerdings noch unbestimmt, denn Professor Erlwein bevorzugt leider den Kunststein.

Guter Geschäftsgang herrscht nach dem „Steinbruch“ in den Pflastersteinwerken Schlesiens. Die fertiggestellten Steine werden meist sofort versandt. Einige Lieferungen gehen nach den Berliner Vororten, ja Berlin selbst hat größere Bestellungen in Pflastersteinen gemacht.

3000 Waggon's Granitsteine haben innerhalb weniger Monate zu den Korrekturenbauten der Isar im Niederbayrischen Barmen gefunden. Die Steine werden ab Blaubeurg (Bayrischer Wald) verladen.

Gewaltige Steinausföhrungen einer Großstadt. Was würde heute unsere deutsche Steinindustrie sein, wenn die taufkräftigen Städte nicht ungeheure Steinbestellungen aufgeben würden. Für den 22. September schreibt nun die Stadt Hamburg (Abteilung Finanzdeputation) folgende Lieferungen aus:

- 20000 cbm Reihenpflastersteine,
- 5000 qm Brückensteine,
- 500 cbm Streckpflastersteine,
- 3000 cbm gespaltene Pflastersteine,
- 4000 cbm Kleinpflastersteine,
- 18000 m 36-cm-Randsteine,
- 8000 m 15-cm-Randsteine,
- 18000 qm Sandsteinplatten,
- 10000 qm Kunststeinplatten.

Insgesamt machen diese Steinelieferungen sicherlich den Betrag von über 1 Million Mark aus. In scharfer Konkurrenz werden besonders die Werke treten, welche bei der Befrachtung billige Wasserwege benutzen können. — Auf alle Fälle erwarten wir, daß die deutschen Angebote genügend berücksichtigt werden.

16 000 Mark Rückvergütung kann in diesem Jahr der Konsumverein Brand's Feuch ausbezahlen. Als Mitglieder der Genossenschaft kommen meist Steinarbeiter in Frage. Es ist erfreulich, daß unsere Kollegen selbst in den kleinsten Orten die Konsumvereinsbewegung so fördern.

Die Marmorarbeiter in Carrara streiken. In Carrara (Italien) befinden sich schon seit einigen Wochen 6800 Marmorarbeiter im Streik; da aber auch einige Ortschaften der Umgebung mit in Berührung kamen, so dürfte die Gesamtzahl der Beteiligten die Zahl 10 000 überschreiten. Die Forderungen der Streikenden sind: Verkürzung der Arbeitszeit, Lohnerhöhung, Obligatorium der Organisation. Unterhandlungen fanden bereits statt, doch wollen die Unternehmer nur eine kleine Lohnerhöhung anerkennen, alle übrigen Punkte aber verwerfen. Leider haben sich die Anarchisten der Bewegung bemächtigt und natürlich dadurch die Hoffnung auf guten Erfolg vereitelt.

Die in Carrara gewonnenen Rohsteine werden in alle Welt verhandelt. Da aber große Vorräte in Blöcken beim Streikbeschuß vorhanden waren, so konnte noch ein großer Teil der eingegangenen Aufträge erledigt werden.

Die Einkommen der Aufsichtsräte. Nach dem Willen der Gesetzgeber sollen die Aufsichtsräte der deutschen Aktiengesellschaften die Kontrollinstanzen dieser Betriebe sein. In Wirklichkeit sind sie heute alles andere, nur dies nicht. Die Banken schicken auf Grund ihrer Aktienmajoritäten Leute in den Aufsichtsrat der Gesellschaften, damit sie dort die Bankinteressen vertreten. Das Aufsichtsratsmandat gilt vielfach als Lohn für diverse Gefälligkeiten. Ist doch fast stets, zumal bei den größeren Gesellschaften, ein solcher Posten mit ganz erheblichen Einnahmen verknüpft. Die Direktoren der Deutschen Bank, der Allgemeinen Elektrizitätsgesellschaft und anderer großen Institute spielen bei 20, 30 und noch mehr Gesellschaften Aufsichtsrat und verdienen so nebenbei Jahr für Jahr Millionen an Zantienen. Bei Krupp, in der A. E. G., bei Goewe, in den großen Banken, namentlich aber in den großen Gesellschaften der chemischen Industrie, amtieren austangierte Minister und ähnliche Herren, die die verschlungenen Wege der Regierungsbunkellammern genau kennen.

Die sogenannte „Meine“ Finanzreform von 1906 unterwarf auch die Vergütungen der Aufsichtsräte einer Steuer von 8 Proz. Befreit sind dabei nur die kleinsten Gesellschaften, die insgesamt weniger als 5000 Mark Zantienen zahlen. Die Aufsichtsräte der G. m. b. H. unterstehen ebenfalls der Besteuerung. Für die bis jetzt abgelaufenen vier Fiskaljahre ergeben sich folgende Summen versteuerter Zantienen resp. daraus erzielter Steuereinnahme:

Jahr	Gezahlte Zantienen	Steuereinnahme
1907/08	52,77 Mill. Mk.	4,21 Mill. Mk.
1908/09	41,01 „ „	3,28 „ „
1909/10	59,30 „ „	4,74 „ „
1910/11	65,39 „ „	5,23 „ „

Was diese Herren von den eigentlichen Gewinnen der Gesellschaften einstecken, zeigt eine amtliche Berechnung. Danach ergibt sich, daß die Aufsichtsräte 1907/08 3,9 Prozent der Gesamtgewinne resp. 5,16 Prozent der verteilten Dividenden in ihre Taschen steckten! 1908/09 waren die Durchschnittsziffern etwas niedriger: das lag an dem allgemein geringeren gewordenen Dividenden.

Stützen der Gesellschaft. In Baden sind die ärztlichen Gewerkschafter sehr mit der Agitation beschäftigt. Die „Roten“ werden dabei schofel bekämpft. Daß aber die Schwarzen im badischen Mutterlande großes Pech mit den Zentrumstücken haben, beweist nachstehende Notiz:

Es sitzen zurzeit in Baden wegen Sittlichkeitsverbrechen in Strafkast: Pfarrer Mühlthaler von Muffern (1 1/2 Jahre Gefängnis), Realschulprofessor Kiefer von Laubersheim (8 Jahre Zuchthaus), Professor Heidenreich in Waldshut (4 Jahre) und Pfarrer v. Weyer in Palmert, zuletzt in Waldshut, (9 Jahre Zuchthaus und 10 Jahre Ehrverlust).

Diese Preisfächer der schwarzen Moral haben sich alle gegen die Sittlichkeit vergangen. Die Gegner hätten alle Ursache, recht fleißig vor ihrer eigenen Tür zu kehren und den Geaner nur mit sachlichen Motiven zu bekämpfen.

Marmorfunde. Die in Tromsö (Norwegen) eingelaufenen Spitzbergenschiffe bestätigen die gemeldete Auffindung mächtiger Marmorlager in der Groß-Bay (Spitzbergen), dagegen bekräftigen sie die von London aus gemeldeten Goldfunde auf Spitzbergen, zu deren Ausbeutung der englische Ingenieur Mansfield schon eine Gesellschaft begründet haben soll. Wenn auch in Spitz-

bergen Marmorlager entdeckt wurden, so ist damit lange noch nicht gesagt, daß sich die dementsprechenden Steinbruchanlagen auch rentieren würden.

Steinausföhrungen.

Nachstehende Ausschreibungen sind uns bekannt geworden: München. 56 000 Quadratmeter Kleinpflaster, 39 000 Quadratmeter Asphaltpflaster, 29 100 Quadratmeter Haussteinpflaster. Königl. Hochbauamt in Krotoschin. Erd-, Maurer-, Asphalt-, Steinmearbeiten usw. zum Neubau der vierklassigen evangelischen Schule. Königl. Eisenbahnbetriebsamt in Hamm i. Westf. Lieferung und Herstellung von 1200 Quadratmeter Pflaster des Vorplatzes des Bahnhofs Borgeln. Städtisches Materialamt in Mannheim. Lieferung von Werksteinen usw. für den städtischen Siedebau. Stadtbaudeputation in Breslau. Steinmearbeiten und Lieferungen für die Pfeilerbekrönungen der neuen Ufermauer in der Uferstraße. Königl. Eisenbahnbetriebsamt II in Münster. Lieferung von rund 1400 Quadratmeter Pflastersteinen (Kopfsteine) für die Befestigung der Ladestraße auf Bahnhof Lüdinghausen.

Quittung.

Eingegangene Gelder vom 11. bis mit 16. September 1911. (Die vor den Zahlen stehenden Buchstaben bedeuten: B. = Beitragsmarken, E. = Eintrittsmarken, K. = Kranken- und Erwerbslosenmarken, M. = Material, Ab. = Abonnement, Ins. = Inserate.)
 Rotenburg, B. 4.80. Ohlau, B. 4.55. Liebenwerda, B. 4.50. Baugen, B. 180.—, K. 8.50. Gohmannsdorf, B. 50.—, K. 10.—. Hall-Schwab, B. 73.—, E. 0.50. Hauswalde, B. 59.50, E. 5.50, K. 1.50. Königsutter, B. 98.70, K. 1.30. Kirchberg, B. 244.—, K. 6.—. Regensburg, B. 31.50. Wiesbaden, B. 62.04. Osnabrück, B. 178.—, M. 0.50. Hagerberg, E. 8.—. Halberstadt, B. 50.—. Häslich, B. 588.—, M. 8.50. Grünfeld, B. 456.—, E. 10.—, K. 20.—. Alzeben, B. 340.—, K. 10.—. Rordendorf, Ins. 4.—. Pippstadt, B. 4.80. Ortrand, B. 3.—. Salzwedel, B. 3.60. Schlef-Porschenhof, B. 2.10. Gallnow, B. 1.20, E. 0.50. Grimmitzschau, B. 6.—. Angermünde, B. 4.—. Adeleben, B. 18.90, E. 2.—, K. 1.—, M. 21.50. Dörnberg-Weimar, B. 570.—, E. 17.50, K. 2.—. Plegnit, B. 135.28, E. 4.—, K. 1.40. Wüschelburg, B. 98.70. Altkoch, Ins. 2.—. Regensburg, Ins. 7.20. Biedenlopf, Ins. 4.—. Berlebed, B. 8.40. Vobengrün, B. 6.12, E. 9.—. Hannover, B. 156.50, K. 3.35. Meißel I, B. 468.—, K. 40.—. Zwidau, B. 100.—. Wilsfrath, B. 178.—, E. 25.—. Pochstetten, B. 42.50, K. 0.80. Einbeck, B. 184.—, M. 1.80. Jannowitz, Ins. 2.80. Coblenz, Ins. 2.40. Wüschelburg, B. 2.40. Arnstadt, B. 15.40. Torgau, B. 5.—. Kray, B. 3.80. Verneck, Ins. 8.40. Amorbach, B. 30.60. Wüschelburg, B. 33.60, K. 0.90.
 Ludwig Geist, Kassierer.

Geldsendungen für die Hauptkasse sind nur an den Kassierer Ludwig Geist, Leipzig, Zeiger Straße 32, IV. zu adressieren. Bei jeder Sendung ist auf dem Postabschnitt anzugeben, für was das Geld bestimmt ist.

Allgemeine Bekanntmachungen.

Bulsdorf. Hier durchreisende Kollegen wollen, bevor sie um Arbeit umsehen, sich erst bei dem 1. Vorsitzenden H. Wellbrod, Weferstraße 207, oder auf Platz C. Rott melden.
Naumburg a. S. Der Steinmetz Karl Bergmann wird ersucht, seine Adresse an seinen Bruder Franz, Gr. Marienstraße 11, zu senden.
Deheln. Der Kollege Max Kandler, geb. am 1. März 1882 zu Deggendorf, ist von hier abgereist und hat sein Buch in größter Unordnung liegen lassen. Karl Douvier, Kassierer.

Anzeigen

Bersammlungen im Gau Würzburg.
 Donnerstag, 28. Sept., abends 6 Uhr, in Kirchheim.
 Freitag, 29. Sept., abends 6 1/2 Uhr, in Gaubüttelbrunn.
 Samstag, 30. Sept., abends 8 Uhr, in Kleinrinderfeld.
 Sonntag, 1. Oktober, nachmittags 3 1/2 Uhr, in Urphar.
 Montag, 2. Oktober, abends 7 1/2 Uhr, in Mondfeld.
 Dienstag, 3. Okt., abends 7 1/2 Uhr, in Dorsprozelten.
 Mittwoch, 4. Oktober, abends 8 Uhr, in Eichenbühl.
 Donnerstag, 5. Okt., abends 8 Uhr, in Grossheubach.
 Freitag, 6. Oktober, abends 7 1/2 Uhr, in Höpningen.
 Samstag, 7. Oktober, abends 8 Uhr, in Sommerhausen.
 Sonntag, 8. Oktober, vormittags 10 Uhr, in Solnhofen.
 Sonntag, 8. Okt., nachmittags 3 Uhr, in Langenaltheim.
 Montag, 9. Oktober, abends 7 Uhr, in Nördlingen.
 Dienstag, 10. Oktober, abends 6 Uhr, in Trossenfurt.
 Mittwoch, 11. Oktober, abends 6 Uhr, in Ebelsbach.
 Referent ist in allen Bersammlungen der Zentralvorsitzende Kollege Paul Starke-Leipzig. Die Bersammlungslokale werden durch Handzettel bekannt gegeben. Für guten Besuch ist zu sorgen. Die Gauleitung. J. A. M. Robse.

Mürnberg, Fürth und Umgebung.
 Sonntag, den 1. Oktober, vormittags 9 Uhr
 = Ausserordentliche Generalversammlung =
 im Gewerkschaftshaus „Eiporischer Hof“, Neue Gasse 13.
 Tagesordnung:
 Wahl des 1. und 2. Vorsitzenden und eines Revisors.
 Pflicht eines jeden Kollegen ist es, lebhaft Propaganda zu machen und massenhaft zu erscheinen.
 Der Einberufer: Fritz Pfänder.

Albert Baumann
 Werkzeugfabrik und Härtwerk
 Aue (Erzgeb.)
Preisliste
 über alle
Steinmetz-Geschirre
 versende gratis!
 — Lieferung sofort. —

Schürzen
 Hausmacherleinen, 100 u. 115 cm breit, Schürzenstoffe in allen Breiten, Fadettis, Leder- und Wuffstuhosen in eigener Anfertigung empfiehlt preiswert
Emil Keidel Spezial-Geschäft in Berufsaleidung
 — Eigene Anfertigung. —
 Hamburg 6, jetzt Bartelsstrasse 93.
Johann Wefers wo steckst Du? Gib Deine Adresse an!
 Joseph Woll, Marmorgeschäftsinhaber, Lüdenscheid (Westf.).

Ziegelanger. Der Steinmetz Joseph Bang aus Krum soll sofort seine Adresse an seinen Vater gelangen lassen.
 Georg Distler, Vorsitzender.

Andlau. Der Steinmetz Joseph Fischer, geb. am 30. März 1889 in Berg, möchte sofort an den Kollegen Pulgerini seine Adresse einfinden. Eventuell müßte das Gericht in Aktion treten.
 Die Lokalverwaltung.

Hamm. Wir warnen die Kollegen allerorts vor dem Steinmetzen Gustav Bayer. Betreffender versteht sich sehr auf Schwindelmannöver.
 Die organisierten Steinarbeiter von Hamm (Westf.).

Adressen-Änderungen.

Schmalthalen. Vorl.: Gustav Richter, Brotterode, Alte Kuhler Straße 5.
Hagerberg. Vorl.: Jos. Werber, Denglare (Post Schwarzhofen). Kass.: Johann Saurer, Haag (Post Schwarzhofen).
Seebach. Vorl.: Karl Höll.
Oberdorra bei Mühlhausen (Thür.). Kass.: Adam Ackermann, Auf der Burg 23.
Amorbach. Kass.: Karl Keller, Schneeberg bei Amorbach.
Kiefersfelden. Kass.: Faver Ried.
Einbeck. Vorl.: Albert Gegenfurtner, Maschenstraße 42.
Adeleben. Vorl.: Karl Biermann, Lüdingen.
 Urphar. Kass.: Valentin Zimmermann.

Briefkasten.

M. Nicht zu empfehlen. — G. Wir können die Zuschrift leider nicht verwenden. Einleitung und Schluß sind zu lang, der Kern fehlt. — **Bruchmeister D.** Die betreffenden Paragraphen der Bundesratsverordnung helfen: § 4. In Steinbrüchen und Steinhauerien müssen für die im Freien arbeitenden Steinhauer, Schrottschläger, Kleinschläger und Pflastersteinlipper (Pflastersteinerschläger) zum Schutze gegen die Unbilden der Witterung entweder Schutzdächer über den Arbeitsplätzen oder Arbeitsbuden errichtet werden. Die Arbeitsbuden müssen nach drei Seiten hin, insbesondere nach derjenigen der Hauptwindrichtung, geschlossen werden können. § 5. In Steinbrüchen und Steinhauerien sind für die Arbeiter gesundes Trinkwasser oder andere geeignete Getränke vom Arbeitgeber in ausreichender Menge zur Verfügung zu stellen. — **Hoffentlich** finden diese Bestimmungen die dementsprechende Würdigung. Als Dekorationsstück hat dieselben der Bundesrat wohl kaum erlassen. — **N.** Zu solchen Sachen schweigt man. Du bist doch kein Freund von Sophistereien. Viele Grüße! — **C. in Hamburg.** Eine besondere Zeitschrift für die Marmorindustrie gibt es nicht. Damit hat sich auch die zweite Frage erledigt. — **Ch. in Walthau.** Hoffentlich ändert sich die Sache bald zum besten. Viele Grüße an die ganze Kameradschaft! — **Ungstengebiet.** Nur standhalten. Die Kollegen haben aber ihr Wort gehalten. Besten Gruß! — **Nel.** Die Sperrnotiz über Abainville (Frankreich) lehnen wir zu publizieren ab. Ueber das dortige Granitwerk hatten wir schon mehrere Berichte im „Steinarbeiter“, aber trotzdem nahmen Deutsche dort Arbeit, weil sie eben Frankreich einmal sehen wollten.

Für diese Nummer mußte schon Dienstag, vormittags 10 Uhr, Redaktionsluß gemacht werden.

Zur Beachtung!

Bei Inseraten von Arbeitsangeboten übernimmt die Redaktion keine Gewähr über die Lohn- und Arbeitsverhältnisse. Es ist Sache der Arbeitssuchenden, sich über die einschlägigen Berufsverhältnisse schriftlich zu erkundigen.

Mehrere Fuhrer und Pflastersteinerschläger
 für dauernde Beschäftigung stellen sofort ein
Diabas- und Gneiswerke Rupbach (Sahn)
 Post Laurenburg.

Marmorhauer
 für Kreuze, der auch etwas Granit arbeiten kann, sucht
Johann Wolicki, Höchst a. M.
 Domburger Straße 52.

Steinbrecher und Bossierer
 stellt ein **C. Kottwitz, Altoschatz bei Oschatz (Sa.).**

Zwei tüchtige Granithauer
 in allen Teilen der Grabsteinbranche erfahren, werden für dauernde Beschäftigung und hohen Lohn sofort eingestellt.
Diabas- und Gneiswerke Rupbach (Sahn)
 Post Laurenburg.

Tüchtiger Schmied
 für Granitwerkzeug sofort bei gutem Lohn gesucht.
Franz Krapf, Granitwerk, Eisenach.

Mehrere Handschleifer
 stellt sofort ein
Granitwerk R. Lanschke & Co., Einbeck.

Gestorben.

(Unter dieser Rubrik werden nur diejenigen Sterbefälle veröffentlicht, für die die Todesanzeigen zur allgemeinen Kenntnis eingeleitet werden.)
 In Berlin am 10. September der Kollege Ernst Diefert, 51 Jahre alt. Er schied freiwillig aus dem Leben.
 In Dresden am 12. September der Kollege Karl Lange, 40 Jahre alt, an der Berufskrankheit.
 In Osterholz am 10. September der Kollege Wilhelm Söffler I, 32 Jahre alt, an Blinddarmentzündung.
 In Strigau am 18. September der Kollege Paul Magel, 26 Jahre alt, an der Zuckerkrankheit.
 In Thierstein am 9. September der Kollege Hans Schirmer, 37 Jahre alt, an einem Kieferleiden.
 In Walderleben (Zahlstelle Kirchhausen) am 8. September der Kollege Johann Adam Berg, 46 Jahre alt, an Magenkrebs.
 Ehre ihrem Andenken!

Verantwortlicher Redakteur: A. Staubinger, Leipzig.
 Verlag von Paul Starke in Leipzig.
 Rotationsdruck der Leipziger Buchdruckerei Aktiengesellschaft.

den Können, verdienen die beiden behandelten Punkte von Krankenrenten und von Versicherungen, die vor dem Bezug der Invalidenrente stehen, volle Beachtung.

Es soll hier noch bemerkt werden, daß es sich bei den vorstehenden Hinweisen nicht um eine Beeinflussung der Ärzte handeln soll. Es wird viele Fälle geben, bei denen der Eintritt der dauernden Erwerbsunfähigkeit ganz genau bestimmt werden kann, bei der weitaus größten Zahl der Fälle wird dies aber nicht möglich sein und hier kann ohne Bedenken den erkrankten Versicherungen geholfen werden. Erkrankte Versicherte müssen ihren Arzt auf die gesetzlichen Bestimmungen hinweisen und in Zweifelsfällen über die ziemlich verwickelte Frage beim nächsten Arbeiterssekretariat Rat und Auskunft einholen.

Gewerkschaftsbewegung und Neutralität der Behörden.

Die organisierten Arbeiter, die seit Jahrzehnten einen ununterbrochenen Kampf führen um eine Hebung ihrer Lebenshaltung, befinden sich zwischen zwei Feuern und müssen deshalb nach zwei Fronten kämpfen. Auf der einen Seite steht das Unternehmertum wie ein gepanzerter Riese und stützt sich auf seinen Geldsack; durch Anwendung wirtschaftlicher Machtmittel will es das empfortreibende Proletariat zurückhalten, wobei es auch nicht davor zurückschreckt, die unangeführten Arbeiter gegen die eigenen Klassengenossen mobil zu machen; jeden Führer des Landes, den die Gewerkschaften auf wirtschaftlichem, sozialem und rechtlichem Gebiete erobern wollen, verteidigt das Kapitalwagnis mit aller Energie. Auf der anderen Seite der Kampflinie stehen die Behörden, die sich als die Schutzhüter des Unternehmertums aufspielen und bei den schmutzigen Ausbeuterpraktiken Handlangerdienste leisten; bei jedem Konflikt zwischen Unternehmern und Arbeitern nehmen sie demontierten Partei für das Kapital gegen die Arbeit und sie erblicken ihre Hauptaufgabe darin, den kämpfenden Arbeiterknäuel zwischen die Beine zu werfen; aber auch in ruhigeren Zeiten machen sie gar kein Hehl daraus, daß sie die organisierten Arbeiter als Menschen zweiter Klasse und als Bürger minderen Rechts betrachten. Daß durch eine solche doppelte Kampfstellung die Kräfte des Proletariats sehr stark in Anspruch genommen werden und daß dadurch der Aufstieg der Arbeiterklasse sehr erschwert wird, liegt auf der Hand.

Wie die Stimmung und das Verhalten der Behörden gegenüber der modernen Arbeiterbewegung ist, davon wissen besonders die Gewerkschaften ein Lied zu singen. In dem Querstreifen zwischen Behörden und organisierten Arbeitern beobachten wir eine vollständige Stille von den kleinsten Polizeikommissaren bis zu den obersten Beamten. Es wäre zum Weiden, wenn es nicht so traurig wäre, diesen erbitterten Kampf der Behörden gegen die proletarischen Emanzipationsbestrebungen in allen seinen Formen zu verfolgen; politische Mordtaten, wie das Verbot einer roten Kranzfeier bei der Beerdigung eines Kollegen, wechseln ab mit Keulenschlägen, wie der Auflösung einer ganzen Organisation. Die Zeitungen sind voll von Beispielen behördlichen Uebergriffs und behördlicher Uebergriffe und wohnen man blickt, tritt die Parteinahme der Behörden für das Ausbeutertum deutlich in die Erscheinung.

Vom Standpunkte der Gerechtigkeit aus kann die Handlungsweise der Behörden gar nicht hart genug verurteilt werden. Daß die Unternehmer sich gegen die Bestrebungen der Gewerkschaften wenden, läßt sich erklären, wenn ihre Stellungnahme aus von einem großen Mangel an sozialpolitischer Einsicht ausgeht — das aber auch die Behörden gegen die Arbeiter Stellung nehmen, erscheint auf den ersten Blick ganz unverständlich. Die Herren Beamten scheinen ja selbst jahraus jahrein nach einer Verbesserung ihrer Lebenslage. Beständig liegen sie den Parlamenten vor den Ohren und petitionieren um Gehaltssteigerungen, bessere Avancementsbedingungen, glücklichere Pensionsverhältnisse usw. Man lese nur die Debatten im Reichstage, im Landtage, in den Stadterordnetenversammlungen, und man wird deutlich merken, wie bald die eine Beamtengruppe, bald die andre ihre Forderungen stellt. Da muß man sich wirklich wundern, daß diese selben Leute, die niemals den Haß vollbringen können, die Bestrebungen der Arbeiter so bitter bekämpfen. Man beachte nur einmal die Schulleute und Beamten, die selbst bei Hunger nicht in den Schlaf kommen können, trotzdem aber auf die streikenden Arbeiter losprügeln, die doch auch nur eine Verbesserung ihres Einkommens erstreben. Ein alter Pastor in Oberhessen, Karl Feuch, hat schon vor Jahren seine Bewunderung darüber ausgesprochen, daß die Beamten, die selbst einen hohen Lohn, eine kurze Arbeitszeit und eine gesicherte Existenz für ihr gutes Recht erklären, den Arbeitern das Recht absprechen, ebenfalls nach guten Lohn- und Arbeitsbedingungen zu streben. Es herrscht eine heillose Verwirrung in den Köpfen dieser Leute und außerdem macht sich bei ihnen ein Mangel an sozialem Empfinden bemerkbar, der jeden anständigen Menschen unangenehm berührt. Auf sie paßt die Fabel, die uns der alte griechische Dichter erzählt von dem Hunde, der das hungerige Pferd vor der Trinne fortbeißt, obwohl er den Oaser selbst nicht einmal fressen kann.

Aber noch von einem andern Gesichtspunkte aus ist die einseitige Stellungnahme der Behörden in den wirtschaftlichen Kämpfen zu verurteilen. Der erbitterte Kampf, der sich heutzutage zwischen Kapital und Arbeit abspielt, ist ein so eigenartiger, daß es einem Unbeteiligten schwer fällt, die Technik und die Tragweite dieses Kampfes zu erkennen. Die Beamten haben kaum eine Vorstellung davon, daß es sich auf beiden Seiten um schwerwiegende Fragen handelt, ja, daß manchmal die Existenz auf dem Spiele steht. Sie befinden sich in der Lage eines Menschen, der auf festem Boden am Ufer eines Flusses steht und zusieht, wie zwei Gegner in den Fluten den Kampf um Sein oder Nichtsein führen; Würde dieser Mann sich in den Kampf einmischen und als Richter auftreten wollen, so würde man ihn doch mit Recht zurufen, er habe gut reden, denn er sitze im Trocknen, den andern aber gehe das Wasser bis an den Hals. Ist es nicht so? Die Beamten sind mit festem Gehalt angeestellt und der drückenden Sorge um das tägliche Brot entzogen. Es mag regnen oder schneien, es mag viel oder wenig Arbeit am Markt sein, an bestimmten Kalendertagen holen sie ihr Geld von der Kasse ab, und so bringen sie ihr Dasein unter gesicherten Bedingungen hin, bis sie zuletzt als Pensionäre ihren Lebensabend beschließen; werden sie vorher, so ist für Welt und Kinder gesorgt. Staat und Gemeinde übernehmen mit dem Steuerfiskus, in den auch die Arbeiter eingeschrieben sind, die Garantie für die gesicherte Existenz der Beamten; keine Wirtschaftskrisis, keine Konkurrenz, kein Bankrott, keine Umwälzung in Technik oder Mode, keine Arbeitslosigkeit, keine Haus Armut, nichts von dem, was dem Unternehmer schlaflöse Nächte und dem Arbeiter Konsumkrisen macht, gefährdet die Existenz der Beamten; alle die Gefahren, die wie Hamsterräder über der Lebensbahn der erwerbenden Bevölkerung dahinrollen, bleiben den Reibschleifen fern. Wenn sie nur halbwegs ihre Pflicht tun und nicht allzu große Geltungsdränge machen, haben sie das, was nach der Meinung des heutigen Karikers die deutschen Arbeiter schon längst haben: eine gute, auskömmliche und gesicherte Existenz bis ins hohe Alter hinein.

Wie kommen also diese Leute dazu, so fragen wir nochmals, daß in die wirtschaftlichen Kämpfe einzumischen und den Arbeitern das Singen um eine gute, auskömmliche und gesicherte Existenz zu erschweren? Mögen doch die Herren Beamten uns ungeschoren lassen und sich darauf beschränken, die öffentliche Ord-

nung aufrecht zu erhalten. Wir fordern eine strenge Neutralität der Behörden, weil wir ihnen die Befugnis absprechen, den Streit zwischen Kapital und Arbeit unparteiisch entscheiden zu können. Ueber jedem wirtschaftlichen Kampflage müßte ein Blat an gebracht werden mit der Aufschrift: „Unbefugten ist der Zutritt untersagt!“, damit die Behörden stets an ihre Neutralitätspflicht erinnert und gemahnt werden. Uebrigens dürfte wohl auch darauf aufmerksam gemacht werden, daß wir in einem Rechtsstaate leben, der die Gleichberechtigung aller seiner Bürger zum Prinzip erhoben hat und daß selbst der deutsche Kaiser mehrmals die Aeußerung getan hat: „Die Arbeiter sind den Unternehmern gleichberechtigt, sie müssen als Gleichberechtigte behandelt werden und man muß ihnen auch die Ueberzeugung heibringen, daß sie als Gleichberechtigte behandelt werden!“ Leider ist dieses Kaiserwort an den Beamten abgeklippt wie das Wasser an einer fetten Gans und wir sind noch weit davon entfernt, daß die Theorie von dem gleichen Recht für alle in die Praxis umgesetzt wird. Stets tragen vor allen Dingen die Behörden die Hauptlast; ihre oberen Beamten sind in den Anschauungen und Vorurteilen ihrer Klasse erzogen worden und erblicken deshalb in den organisierten Arbeitern ihren Feind, die unteren Beamten sind militärisch gedrillt und haben vielfach die Fühlung mit dem Volke verloren, so daß auch sie kein Verständnis und kein Interesse für den Kampf des Proletariats haben. Und daraus erklärt sich der Mangel an Neutralität, den wir überall beobachten, wo Ausbeuter und Ausgebeutete zusammenstoßen.

Korrespondenzen.

Deheln (Amt Waldshut). Am 10. September tagte in der Metzger Bierhalle in Thengen unsere gut besuchte Mitgliederversammlung. Beim 1. Punkt machte sich die Wahl eines Schriftführers notwendig, und als solcher wurde Kollege Morat gewählt. Dann handelte es sich um den Kollegen Kandler, der trotz mehrmaliger Mahnung seinen Pflichten nicht nachkommt. Zum Platzbericht wurde lebhaft debattiert. Die Kritik im „Steinarbeiter“ hat sehr viel genützt. Jetzt kann man ohne Gefahr den Betrieb betreiben. Auch die Arbeitsbuden sind jetzt in besserem Zustande. Nur etwas fehlt noch in unserm Betriebe, nämlich die Schutzhüter der Tagelohnspalter und Akkordfahrer. Aber wir glauben, daß sich das Geschäft auch noch dazu verstehen wird, diesem nachzukommen.

Höllich (Sachsen). Am 12. September tagte eine sehr gut besuchte Versammlung, in welcher Kollege Jahn die Demitierung Tarifverhandlungen eingehend besprach. Er munterte die Kollegen auf, so daß sich eine schöne Zahl dem Verbands angeschlossen. Auch am Sonntagabend, den 16. September, wurden ziemlich viele Aufnahmen gemacht. Es soll dann zur Gründung einer Zahlstelle geschritten werden. Die Kollegen sind auf die weiteren Verhandlungen sehr gespannt. Wir haben begriffen, daß die hiesigen Herren Unternehmer vom Tarifabschluss nicht viel wissen wollen. Nun, wir werden sehr rühlig in der Agitation sein, um den letzten Mann dem Verbands anzuführen. Die Stimmung unter den Kollegen ist eine sehr gute.

Freienbrücken. Bei der Firma Haider wurde Kollege Vief ungeschickterweise entlassen. Am 7. September hielten wir nun eine Versammlung ab, wo beschlossen wurde, die Arbeit niederzuliegen, wenn Vief nicht wieder eingestellt wird. Kollege Karl Staab ging am 8. September zu Herrn Haider und verlangte die Wiedereinstellung des Entlassenen. Herr Haider äußerte, ich werde mein Geschäft nach Alschaffenburg verlegen, von auch Heigenbrücken arbeitet keiner bei mir. Ich werde mir ein Schild dort ausmischen mit der Aufschrift: Hier werden keine organisierten Arbeiter eingestellt. Ueberhaupt eure Organisation kann mich nichts angehen. Wahrscheinlich will der „gebildete“ Herr Haider in Alschaffenburg mit christlich organisierten Arbeitern sein Geschäft betreiben. Aber mit den kleinen Truppen der Herren Damals und Lehner kann er sein Geschäft nicht betreiben. Aber Herrn Haider sei es gesagt, er kann uns nicht beseitigen.

Hemsbach. Trotz wiederholter Aufforderung, die Statistikkarten richtig abzuliefern, fand es eine große Anzahl Kollegen nicht der Mühe wert, dem Folge zu leisten. Es mag wohl dem Umfange zuzuschreiben sein, daß unsere italienischen Kollegen wenig kundig in derartigen Sachen sind. Eine unbedingte Notwendigkeit ist daher die Ernennung von Platzstatistiken. An der Statistik beteiligten sich 22 Steinmeger, 8 Brecher, 5 Plastersteinmacher und 3 sonstige Arbeiter. Das Gesamtalter der Steinmeger beträgt 34 Jahre, der Brecher 35 Jahre, der Plastersteinarbeiter 26 Jahre, der sonstigen Arbeiter 29 Jahre. Von den Beteiligten sind verheiratet 26 mit einer Kinderzahl von 84. Es hatten einen Jahresverdienst bis 700 Mark 3 Kollegen, über 700 bis 900 Mark 13, 900 bis 1000 Mark 5, 1000 bis 1200 Mark 7, 1200 bis 1300 Mark 5, 1300 bis 1500 Mark 4, 1500 bis 1700 Mark 1 Kollege. Arbeitslos waren 8 Kollegen zusammen 53 Wochen. Krank waren 14 Kollegen insgesamt 122 Wochen. An Rheumatismus waren erkrankt 2, an Hals- und Rungenleiden 2, an sonstigen Krankheiten 3 Kollegen. Magdar muckten 3 Kollegen gegen ihren Arbeitgeber werden. Die Klagen wurden zu unsern Gunsten erledigt. Der jährliche Mietzins beträgt bei 13 Mitglieber bis 100 Mark, bei 10 bis 150 Mark, bei 1 bis 200 Mark, bei 2 bis 250 Mark.

Hemsbach am Main. Von seiten der hiesigen Kollegen muß über das Verhalten der Firma Seubert, die sich immer am merkwürdigsten benimmt, stets Klage geführt werden. So hat Seubert am 22. August einen Kollegen auf eine rechtswidrige Weise entlassen; als dieses als Mahnung anzusehende Vergehen zwei Kollegen etwas scharf kritisierten, wurden auch diese entlassen. Seubert, der doch auch als Sohn armer Leute früher im Steinbruch etwas verdienen mußte, scheint sich hieran nicht mehr erinnern zu können. Er lehrt jetzt den richtigen Herrn heraus. Er soll mir tollkühnig auf die Kollegen in der gemeinsten Weise losgeschimpft haben. Die Kollegen zogen hieraus die Konsequenzen und machten alle Feierabend; sie sind alle wieder anderweitig in Arbeit getreten.

München. Am 16. September tagte unsere Monatsversammlung. Der Vorsitzende, Kollege Erlacher, eröffnete dieselbe mit dem größten Bedauern, daß diese wieder so schlecht besucht ist. Man muß sagen, daß dies eine Interesslosigkeit fondergleichen ist. In einer Zahlstelle mit 300 Mitgliedern erscheinen 50 bis 70 Kollegen in der Versammlung. Der Vorsitzende erklärte, daß unter solchen Umständen der Ortsverwaltung Lust und Liebe zur Weiterführung der Geschäfte verleidet wird. Beim Punkt Banarbeiterkongresskonferenz, welche am 14. bis 15. Oktober in München tagt, erkannte die Versammlung die Notwendigkeit derselben einstimmig an. Es wurden zu derselben als Delegierte die Kollegen Dugauer, Hinz und Erlacher gewählt. Der Ortsstatistiker, Kollege Käfer, gab seinen Jahresbericht über das ihm überlieferte Material. Der Statistiker gab bekannt, daß sich leider nur 96 Steinmeger und 13 Schotter an der Statistik beteiligten. Seine Ausführungen wurden mit großer Aufmerksamkeit verfolgt, denn dieselben zeigten von einer genauen Ausarbeitung. Die Versammlung sprach ihre Enttäuschung aus, daß große Werkstätten (Zwiesler u. Grohmann) sowie die andern Kolonnen sich ihrer Pflicht nicht bewußt waren. Dem Kollegen Käfer wurde für seine musterhafte Ausarbeitung der Statistik größte Anerkennung ausgesprochen. Dann wurden die Zustände bei den Betonarbeiten besprochen. Es wurde konstatiert, daß die Kollegen die Preise selbst herunterdrücken, obwohl hier ein fester Tarif für Beton besteht. Im weiteren wurde angeführt, daß viele Arbeiter, welche dem Bauarbeiter- und Fabrikarbeiterverband angehören, zu weit niedrigeren Preisen arbeiten und dadurch

die Steinarbeiter in großem Maße schädigen. Um diese Mißstände beseitigen zu können, wurde beschloffen, eine außerordentliche Versammlung am 8. Oktober d. J. im Restaurant Müllerbad, Hans-Sachs-Strasse Nr. 8, einzuberufen. Zu dieser Versammlung werden die Vertreter der obengenannten Verbände eingeladen.

Neuforg. Die Vereinigte Zichtelgebirgsarbeits-Vereinsgesellschaft hat am 16. September sämtlichen Kollegen gefühllos Arbeitsmangel wird vorgeschickt. Wahrscheinlich müßte man den bestehenden Tarif kürzen oder gar beseitigen. Es scheint, der dortige Werkmeister Schmidt will sich dabei große Verdienste erwerben, indem er sagte, er bekomme später wieder keine genug. Es ist bedauerlich, daß wir mit der genannten Firma immer Unstimmigkeiten haben. Die Kollegen lassen sich aber durch nichts einschüchtern, sie werden dem Verbands unter allen Umständen auch in Zukunft die Treue bewahren. Es ist selbstverständlich, daß die reisenden Kollegen Neuforg meiden.

Rödnitz (Sachsen). Unsere Zahlstelle kann mit ihrer Entwicklung sehr wohl zufrieden sein. Zu Beginn des Jahres zählten wir 22 Mitglieder und gegenwärtig beträgt die Mitgliederzahl weit über 100. Die betriebliche Hausagitation hat uns sehr genützt, das Einführen des wilden Akkords bei den Brechern trägt unter die Leute ebenfalls die nötige Empörung. Durch die günstige Vertragsstafel gewannen wir allein 50 Hilfsarbeiter. Um die Mitglieder auch halten zu können, hatte die Verwaltung einige Versammlungen arrangiert, in denen Kollege Staudinger referierte. Die Versammlung in Thamenhain am 10. September war überfüllt. Auch in Strellin und Rödnitz waren am 17. September die Kollegen recht zahlreich zur Stelle. In Rödnitz fand die Versammlung in einem Gartengrundstück statt. Der Besitzerin, Witwe Bencher, gebührt große Anerkennung, daß sie uns ihr Grundstück ohne weiteres zur Verfügung stellte. Staudinger besprach die Entwicklung der deutschen Hartsteinindustrie und gab dann insbesondere wertvolle Fingerzeige, in welcher Weise in Zukunft für den Verband zu wirken sei. Der Referent fand überall große Zustimmung. — Scharf kritisiert wurde, daß die Hilfsarbeiter so unterschiedlich entlohnt werden. Wer dann sein Recht fordert, muß gewärtig sein, daß er fliegt. — Die Ortsverwaltung wird unterfüttert, wer schuld daran ist, daß die Lohnsummen öfter nicht stimmen. Im „Steinarbeiter“ wird darüber später berichtet. Die Versammlungen brachten uns eine Reihe von Mitgliedern; auch das Selbstbewußtsein der Kollegen wurde wiederum erheblich gestärkt. — Erfreulich ist es, daß hier auch der Konsumverein sehr gut floriert. Die Zeitung desselben ist völlig in den Händen der Kollegen.

Strehlen (Schlesien). Am 17. September fand in Ratfchellen, zirka 1 1/2 Stunden von Strehlen entfernt, eine Steinarbeiterversammlung für die Riegersdorfer und Toppendorfer Kollegen statt. Kollege Daubenthaler-Striegau referierte. Von der Strehlener Sozialverwaltung waren der Vertrauensmann und der Kassierer anwesend. Da das Lokal ziemlich abgelegen ist, so waren nur zirka 50 Kollegen erschienen. Kollege Daubenthaler hielt einen interessanten Vortrag über: Die Reichspolitik, Witwen- und Waisenerversorgung, sowie über: Die Zollpolitik. Medner streifte gründlich die indirekten Steuern, unter denen die Steinarbeiter gerade bei der jetzigen Leuevung schwer zu leiden haben. Das alles wäre nicht, wenn wir eine Vermögenssteuer hätten. Weiter ermahnte Daubenthaler die Kollegen, fest zur Organisation zu halten; nur dann wird es auch hier vorwärts gehen, um durch die Macht der Organisation bessere Lohn- und Arbeitsbedingungen schaffen zu können. Zum Schluß ersuchte der Vorsitzende die Kollegen, alles daran zu setzen, damit auch sie in Riegersdorf-Drummenorf ein Lokal bekämen, damit wir Versammlungen abhalten können. Mit einem dreifachen Spieß auf den Steinarbeiterverband wurde die Versammlung geschlossen.

Bekanntmachungen des Zentralvorstandes.

In Erfurt wurde der Steinmeyer Konrad Dittich, geboren am 11. Dezember 1885 zu Gummelmortz ausgeschlossen. (Grund: Sein verbandsschädigendes Treiben.)

Rundschau.

Internationale Baufachausstellung mit Sonderausstellungen Leipzig 1913. Zur Erlangung von Plakaten und Broschüren schreibt die „Internationale Baufachausstellung mit Sonderausstellungen Leipzig 1913“ unter dem in Deutschland wohnhaften Künstler einen Wettbewerb aus. Für einen I. Preis sind 2000 Mark, für weitere Preise noch 1500 Mark ausgesetzt. Das Preisrichtergremium haben übernommen die Herren: Professor Peter Behrens-Berlin, Professor Julius Diez-München, Oberbaurat Kurt Hellan-Leipzig, Geheimrat Hofrat Professor Dr. Max Klingner-Leipzig, Professor Wilhelm Kreis-Düsseldorf, Geheimrat Baurat Professor Dr. Sicht-Leipzig, Direktor Stephan Mattar-Leipzig, Professor Max Seliger-Leipzig und Professor Hugo Steiner-Prag-Leipzig. Bekter Einlieferungsstag der Entwürfe ist Mittwoch, der 1. November 1911.

Auf dieser Ausstellung wird diesmal auch die Steinindustrie sehr stark zur Geltung kommen. Wir begrüßen dieses Unternehmen mit Genugtuung.

Anerkennung gewerkschaftlicher Arbeiterkühnbestrebungen. Der Verband der Steinfeker hatte auf der vorigen Weltausstellung in Brüssel eine Muster-Bauhütte für Straßenbauarbeiter ausgestellt. Dem Verband ist dafür das Diplom zur goldenen Medaille von der Ausstellungsjury zuerkannt worden. Für den genannten Verband waren bei der Ausstellung natürlich nicht die üblichen Wettbewerbsbedingungen maßgebend. Der zweite internationale Straßenkongress, der zur Zeit der Ausstellung in Brüssel tagte, hatte jedoch eine Sonderausstellung im Rahmen der allgemeinen Ausstellung veranstaltet. Diese Gelegenheit benutzte der Verband der Steinfeker, um einmal den Straßenbau-Technikern aller Kulturländer zu zeigen, welche bescheidenen Ansprüche die Arbeiter des Straßenbaus an den gewerkschaftlichen Arbeiterkühn stellen und wie wenig bis jetzt davon erfüllt ist. Diesen Zweck hat die Ausstellung der Bauhütte tatsächlich erfüllt. Sie ist Gegenstand eingehender Betrachtung gewesen und hat in mehreren Fachblättern des In- und Auslandes eine ausführliche Besprechung erfahren. Der Verband ist Mitglied der künftigen Vereinigung zur Veranstaltung internationaler Straßenkongresse, die ihren Sitz in Paris hat und der neben den meisten Straßenbau-technischen Körperchaften auch die meisten Regierungen angehören. Der Kongress und die mit ihm verbundene Ausstellung hat den Arbeitern des Straßenbaus nicht die denkbar beste Gelegenheit, ihre Ansichten über den notwendigen Arbeiterkühn zum Ausdruck zu bringen.

Da auch der deutsche Reichskommissar für die Weltausstellung den prämierten Verband zu der empfangenen Auszeichnung beglückwünschte, so darf man hoffen, daß nunmehr das Tempo des Straßenbauarbeiterkühnverbands ein etwas lebhafteres werden wird.

Städtische Baugen in Dresden. Die Dresdner Bauingenieurgesellschaft hat die Stadtverwaltung veranlaßt, die Ausführung einiger städtischer Bauprojekte zu verzögern. Dazu gehörte auch die Neugestaltung des Theaters- und Schloßplatzes mit den am Elbufer geplanten Neubauten, die an Stelle des niedergelegten italienischen Dörckens entstehen sollen. Jetzt wird dieses Projekt eifrig in Angriff genommen. Die neuangelegte Straße am Elbufer ist ziemlich fertiggestellt. Unmittelbar anschließend wird

gehen, es wird kaum gelingen, eins herauszufinden, das nicht erheblich im Preise gestiegen sei. Kohlrabi und Mohrrüben, Bohnen wie andre Grünwaren stehen horrend im Preise. Und doch steht der Gemüßbau nicht so schlecht wie es dargestellt wird. Neben Strichen, deren Ertragsfähigkeit tatsächlich unter der anhaltenden Trockenheit gelitten hat, gibt es solche, die gut hervorgebracht haben. Den Zuckerrüben ist ebenfalls ein schlechter Ertrag vorausgesetzt worden. Geringer ist er auf jeden Fall. Sogleich fliegen die Preise. Es werden jetzt schon 25 Pfg. für das Pfund im Kleinverkauf gefordert und alle Anzeichen sind für weitere Steigerungen vorhanden. Kartoffeln sind im Großhandel bis zu 7 Mk. pro Zentner heraufgetrieben. Im Kleinverkauf mußten Preise bis zu 18 Pfg. für das Pfund gezahlt werden. Der August 1911 ergab gegen die gleiche Zeit des Vorjahres Preissteigerungen von 60 bis 70 Prozent. Im Haushalt der Arbeiterklasse spielt die Kartoffel eine große Rolle, sie ist an vielen Stellen leider das Hauptnahrungsmittel. Wenn dann solche enorme Preise gezahlt werden müssen, so ist die kümmerlichste Ernährung kaum möglich.

Gewiß ist auch die Landwirtschaft jetzt nicht in rosigster Lage — trotz ihrer Wucherpreise —, wenn sie aber eines Schutzes bedarf, so mag sie ihn bei der Reichsregierung suchen; die Massen der Konsumenten können nicht für die Landwirtschaft hungern. Das agrarische Argument, daß jetzt die Landwirtschaft erst recht durch Zollmaßnahmen vor ihrem völligen Niedergang geschützt werden müsse, muß vor allem bekämpft werden; die Not der ganzen übrigen von der Hand in den Mund lebenden Bevölkerung kann nur gelindert werden durch Zulassung der ausländischen Konkurrenz zum deutschen Markt. Ganz recht hat deshalb das „Berliner Tageblatt“, wenn es schreibt:

„So erhebt sich ganz von selbst die Forderung, daß diesmal mit der Beseitigung der protektionistischen Schutzwälle Ernst gemacht wird. Hier kann Herr v. Bethmann-Hollweg einmal zeigen, ob er wirklich seine Stellung „über den Parteien“ genommen und nur das Wohl der Gesamtheit im Auge hat, oder ob er in hilfloser Abhängigkeit von den Agrariern seine Hände der Feuerungskalamität gegenüber tatlos in den Schoß legen will. In Frankreich, das ja gleichfalls völlig im protektionistischen Fahrwasser segelt, haben die Hausfrauen bereits begonnen, mit sehr drastischen Mitteln gegen die Lebensmittelhändler zu demonstrieren. Sie haben mit ihrer kurzen Bogel sich an die nächste, ihnen erreichbare Instanz gehalten, ohne zu bedenken, daß die Wurzel des Übels nicht beim Handel, sondern in der schutzjüngerischen Politik zu suchen ist. Aber wenn die Frauen auch die wirtschaftlichen Zusammenhänge nicht klar überblicken, so ist ihr Protest gegen die protektionistische Mißwirtschaft doch nicht wenig berechtigt. Sie verhalten sich den schönsten schutzjüngerischen Doktrinen gegenüber durchaus ablehnend und sind nur der „Suppenlogik mit Knödelgründen“ zugänglich. Es ist nicht gerade wünschenswert, daß es auch bei uns zu Hungerrevolten kommt, ehe etwas getan wird, um dem Notschrei der Frauen und Kinder zu begegnen, und es wäre ein Verbrechen, wenn man ihnen als Antwort der Staatsgewalt nur blaue Bohnen servieren wollte. Rechtzeitig die Maßnahmen zu ergreifen, um Brot und Fleisch für die Menschen und Futter für das Vieh in das Land zu schaffen, darauf kommt es an. Aber man muß leider fürchten, daß auch diesmal wieder die deutsche Regierung völlig versagt.“

Nun, wenn alle, welche unter der Feuerung fühlbar leiden, geschlossen für die Forderung eintreten, die jetzt alle Menschenfreunde vertreten, die nicht Agrarier oder Agrariernächte sind, so muß die Regierung sich diesmal doch von den Agrariern abwenden und Folge leisten der Forderung: Aufhebung der Zölle, Beseitigung der Einfuhrschleue, völliges Verbot der Futter- und Getreideausfuhr, freie Vieheinfuhr, freie Einfuhr von überseeischem Fleisch unter Wahrung des gebotenen Gesundheitswesens. Staatshilfe für die kleinen arbeitenden Landwirte! Aber keinen Pfennig Wuchergeld für die reichen Volksausbeuter und Unterdrückten!

Diese werden auch dann noch ihre Rechnung finden; unter dem heutigen System des Schutzzolls sind sie übrigens so übermüht geworden, daß ihnen aber auch ein kleiner Aberlaß nicht im geringsten schaden würde.

Die Junker und Großgrundbesitzer, für die nach christlichen Lehren die christlichen Arbeiter gern die höheren Zölle zahlen — was übrigens gar nicht wahr ist und nur die Führer der christlichen Arbeiter behaupten, weil sie sich den Agrariern mit Leib und Seele verschrieben haben, weil dadurch die Interessen der Zentrumspartei gefördert werden —, geben sich wie folgt. Der landwirtschaftliche Verein in Waltersdorf hielt im Jahre 1908 ein Fest ab, wo zur Erhöhung des Vergnügens folgendes Vieh gefungen wurde:

„Wir können uns den schönen Tag schon leisten ohne Not. Denn um der Landwirtschaft zu nützen, tat man sie „oben“ mehrfach schützen, Damit recht teuer das Brot.“

Wir werden deshalb heute nur An Fleisch uns essen laß, Wir wollen sicher nicht vergessen, Daß Brot nur von denen wird geessen, Wer kein Vieh im Stalle hat.“

Es soll die edle Landwirtschaft stets blühen und gedeihen. Es muß ein jeder danach streben, Den Preis der Produkte zu heben, Dann bringt sie etwas noch ein.

Wenn hundert Mark der Scheffel Korn, Die Butter eine Kron'n, Wenn Gold man zahlt für Milch und Eier, Das Schmalzweib dreißigmal so „teier“, Dann sind wir erst richtig belohnt.“

Die Regierung kann an diesem Uebermutsausbruch sehen, worauf die Agrarier abzielen. Zum Teil haben sie ihr Ziel schon erreicht, und es wäre nun gut, wenn die Regierung den Uebermut der Agrarier etwas dämpfte und sich der Interessen der wirklich Notleidenden annähme. Der Lebensmittelmangel ist allgemein, Feuerung herrscht überall. Auf keinen Fall kann sich das Volk gefallen lassen, daß ihm in einem Hungerjahre die Lebensmittelzufuhr noch von Staats wegen abgeschnitten oder veräuert wird. Dadurch wird das Volk gezwungen, für seine unzureichende Ernährung Hunderte und aber Hunderte von Millionen zu zahlen, die nicht in die Taschen der Bauern, sondern in die der Junker, seiner schlimmsten Feinde, fließen.

Der Kampf gegen das Koalitionsrecht.

III. Die Macht soll entscheiden.

Die Arbeiterfeinde wollen die moderne Arbeiterbewegung mit allen ihnen zu Gebote stehenden Mitteln vernichten. Sie haben alle Institutionen des Klassenstaates längst auf ihre Zuverlässigkeit im Kampf gegen die gefasste Bewegung hin geprüft und erprobt. Am besten haben sich die Gerichte „bewährt“. Leider hat es den Gerichten nur zu oft an „geeigneten“ Bestimmungen und Mitteln gefehlt, um die moderne Arbeiterbewegung so zu treffen, wie es der kapitalistischen Gesellschaft wünschenswert erschien. Immerhin ist mit Hilfe des Expresser-Paragrafen sowie des Groben-Ungehörigkeits-Paragrafen manch „schöner Erfolg“ zu verzeichnen gewesen. So fiel die Ankündigung eines Streiks unter Strafe und wurde mit dem Expresserparagrafen gefast. Danach wollten sich die Arbeiter durch die Androhung des Streiks, der einseitige Forderungen erzwingen sollte, in einen widerrechtlichen Vermögensvorteil setzen. Ebenso sollte dadurch, daß ein weiteres Zusammenarbeiten mit Unorganisierten verweigert wurde, beabsichtigt worden sein, sich durch den auf die Unorganisierten ausgeübten Zwang zum Beitritt in den rechtswidrigen Besitz der Beiträge, also eines Vermögensvorteils zu setzen. Natürlich war der von den Unternehmern ausgeübte Willenszwang kraftlos. Die ungeheuren Vermittlungen, die durch die schwarzen Listen in so vielen Arbeiterfamilien angerichtet wurden und noch angerichtet werden, existieren für die Klassenstaatliche „Rechtssprechung“ einfach gar nicht. Damit aber noch nicht genug, wurde das Streikpostenstehen usw. als grober Unfug bestraft. Die Arbeiterfeinde haben also allen Grund, noch „hervorragendere Leistungen“ zu erwarten, wenn nur erst die „geeigneten“ Bestimmungen geschaffen sein werden. Und die Reaktion ist drauf und dran, sie zu schaffen.

Es ist der Arbeiterbewegung immer sehr übel vermerkt worden, wenn von einer tendenziösen Rechtsprechung und von Klassenurteilen gesprochen wurde. Doch wären die erhobenen Anschuldigungen nicht richtig, wie kommt dann die Mehrheit der bürgerlichen Parteien und wie kommt die Regierung dazu, ihre Pläne auf der Rechtsprechung unserer Gerichte aufzubauen? Wie kommt der Zentralverband Deutscher Industrieller dazu, in so freivolles und aufreizendes Weise einen Mißbrauch der Gerichte im Kampf gegen die moderne Arbeiterbewegung anzustreben, wie es in seinem Zusatzantrag zum § 241 des Vorentwurfs geschieht? Wenn es nicht in der Absicht des Gesetzgebers lag, die Gerichte gegen die Arbeiterbewegung zu mißbrauchen, wenn der Gesetzgeber selbst nicht an Klassenurteile glaubt, dann war der Vorentwurf zu einem deutschen Strafrecht in seiner jetzigen Form einfach nicht möglich, dann muß das Ansehen des Zentralverbandes Deutscher Industrieller mit ethischer Entrüstung zurückgewiesen werden. Aber all die Hebe und all die Ausnahmebestimmungen gegen die moderne Arbeiterbewegung sind ein untrüglicher Beweis für das Vorhandensein einer tendenziösen Rechtsprechung, sind ein Beweis für die proletarischen Behauptungen und Anklagen. Aber die unsauberen Pläne sollen vertuscht werden.

Daß die bestehenden und herrschenden Klassen die tendenziöse Rechtsprechung sehr gut ihren sonstigen Kampfmitteln gegen die Arbeiterbewegung anzupassen wissen, steht fest. Daß die Richter sich in Klassenfragen nicht von den Vorurteilen ihrer Klasse freihalten können, steht ebenfalls fest und wurde auch erst kürzlich von einem bedeutenden Staatsmanne eines hochkapitalistischen Staates anerkannt.

In England sind die Richter zum großen Teil konservativ, weshalb auch die herrschenden Liberalen unter den vom Klasseninteresse beeinflussten Richtersprüchen, besonders bei Wahlprotesten, leiden. So kommt es denn, daß auch sie über tendenziöse Rechtsprechung klagen. Einer der hervorragendsten Führer, der Minister des Innern Churchill, hat die tendenziöse Rechtsprechung im Parlament offen gebrandmarkt. Er führte anlässlich der Beratung einer Vorlage über die erweiterten Rechte der Gewerkschaften im Unterhaus unter anderem aus:

Woran erkennt man, ob in einer Zahlstelle gewissenhaft an der Ausbreitung der Organisation gearbeitet wird? An der Art, wie dort die Hausagitation eingeleitet und durchgeführt ist!

„Da, wo es sich um Kriminalfälle oder Prozesse zwischen Einzelpersonen handelt, sind unsere Richter unser Stolz und unsere Bewunderung. Liegen ihnen aber Klassenfragen oder Parteifragen vor, so ist es unmöglich zu behaupten, daß sie denselben Grad von Vertrauen verdienen! Im Gegenteil, sie verdienen es nicht, und in einem großen Teil unserer Bevölkerung herrscht die Ansicht, daß sie unbewußt in natürlicher Weise beeinflusst sind.“

Eine ungeheure Unruhe brach im Hause aus. Die Reaktionsäre lärmten und tobten andauernd und erst mit vieler Mühe konnte Ruhe geschaffen werden. Der Minister, der den ungeteilten Beifall der Radikalen und der Arbeiter hatte, ließ sich nicht betreten und fuhr fort:

„Ich habe nicht die geringste Absicht, meine Äußerung zurückzunehmen, und ich wiederhole, was ich sagte. Es ist bedauerlich, daß Kollisionen zwischen den Gerichten und den großen Gewerkschaftsverbänden vorkommen.“

Die Worte des englischen Staatsmannes passen nur zu gut auf die deutschen Verhältnisse — ja, die deutschen Verhältnisse sind noch weit schlimmer. Es ist mit Sicherheit anzunehmen, daß die Kollisionen zwischen den Gerichten und den großen Gewerkschaftsverbänden in Deutschland nicht allein von der Tatsache ausgehen, sondern daß die bewußten Hezereien und Beeinflussungen der agrarischen und industriellen Scharfmacher nicht ohne Wirkung auf die Rechtsprechung geblieben sind.

Doch was nützt das alles? Die bestehenden Klassen haben die Macht. Ihr Kampf gegen die Arbeiterbewegung ist eine einzige große Wuchtprobe, die nicht von Nächstenliebe und Gerechtigkeitsgefühl beeinträchtigt, sondern nur von Profitgier und Klasseninteresse maßgebend beeinflusst wird. Sie wollen die vollständige Niederwerfung der modernen Arbeiterbewegung und laufen Sturm gegen alles, das nur irgend wie eine Unterstützung der verfolgten Bewegung ausstößt. Ja, selbst die Idee eines Reichseingangsamtes bekämpfen die Scharfmacher aufs heftigste, weil sie darin eine direkte Unterstützung der Gewerkschaften durch die Regierung erblicken. Die Regierung soll nicht schlichtend eingreifen, sondern sie soll den Vernichtungskampf gegen die Gewerkschaften passiv oder sogar aktiv unterstützen. Die Macht soll entscheiden!

Der frühere Generalsekretär des Zentralverbandes der Industriellen, Wied, dessen Name ein System bedeutet, führte im Mai d. J. dazu aus:

„Die Arbeitgeber wissen, daß der Entscheidungskampf unermesslich ist, wenn das Deutsche Reich seine Stellung behaupten soll; sie würden auch nicht zögern, ihn mutvoll und entschlossen aufzunehmen, wenn sie nach den bisherigen Erfahrungen nicht fürchten müßten, daß ihnen in entscheidenden Augenblick die Regierung mit ihrem Eingreifen in die Arme fällt (gemeint ist die Vermittlung des Reichsamts des Innern bei dem großen Kampf im Baugewerbe) und damit die Sozialdemokratie und ihre Gewerkschaften stärkt. Diese Bedenken müssen gestetigt werden, wenn einer Behörde, dem Reichseingangsamt, das Eingreifen in die Kämpfe zwischen Arbeitern und Arbeitgeber durch Reichsgesetz zur Pflicht gemacht wird. — Die Regierung sollte erkennen, daß die unseligen, den Arbeitgebern durch die Organisationen der Arbeiter aufgezwungenen Kämpfe nur abgeschwächt oder gänzlich beseitigt werden können, wenn im Verlauf des Kampfes festgestellt ist, auf welcher Seite die größte Macht ist.“

Bei diesem Standpunkt, der der Standpunkt aller Arbeiterfeinde und Scharfmacher ist, kann es nicht mehr befremden, daß Bürgerum und Regierung das Resselreiben gegen die Gewerkschaften unterstützt, haben sie sich doch auch gegen die fortgesetzten Vorwürfe der Scharfmacher zu rechtfertigen, die moderne Arbeiterbewegung direkt zu unterstützen und die Niederhaltung der wirtschaftlichen Kämpfe zu erschweren oder gar unmöglich zu machen.

Nun — wollen die Arbeiterfeinde die Erprobung der Macht, die Arbeiterbewegung gerüstet finden. Wie in Frankreich und England jüngst bei den großen Ausständen der Betriebsarbeiter die Regierungen einlenkten und zur Anerkennung der mächtigen Arbeiterorganisationen kommen mußten, so wird auch die brutale Machtpolitik des Klassenstaates vor der ungeborenen Werbestraft und Kampfständigkeit der deutschen Arbeiterbewegung kläglich zusammenbrechen.

Schwarze Rechenkünstler — christlicher Schwindel.

Wir nehmen das nicht so genau. Goethe im Faust.

In Nr. 34 des „Steinarbeiter“ berichtet die Zahlstelle Mayen (Rheinland) über eine Verammlung vom 18. August, in welcher der Kassierer einen ausführlichen Bericht über die Abrechnung vom 2. Quartal gab. Er führte folgendes aus:

Die Einnahmen betragen an verkauften Marken: 26 Eintrittsmarken 18 Mark; 206 Beitragsmarken zu 50 Pfg. 103 Mark; 1971 Beitragsmarken zu 40 Pfg. 788.40 Mark; 104 Erwerbslosenmarken zu 10 Pfg. 10.40 Mark und 2 Futterale zu 10 Pfg. 20 Pfg.; Erlös aus den Beitragsmarken 104.50 Mark. Dazu der Kassenbestand vom Schlusse des 1. Quartals 169.53 Mark, mithin Gesamtsumme der Einnahmen 1198.60 Mark. Die Ausgaben setzen sich zusammen: An den Hauptkassierer eingeschickt im 2. Quartal 777 Mark; an Kranken- und Reiseunterstützung verrechnet 81 Mark; lokaler Zuschuß in Krankheitsfällen, sowie ausgelegte Projektkosten und Ortsausgaben insgesamt 249.63 Mark, mithin eine Gesamtausgabe von 1107.62 Mark. Die Mitgliederzahl betrug am Schlusse des 2. Quartals 282. Die Mitgliederzahl wäre noch höher, aber es ist infolge der geringen Löhne eine größere Anzahl der Kollegen abgereift. Auch wurden den neugegründeten Zahlstellen Kottenheim und Obermendig eine Anzahl Kollegen überweisen. Uebergetreten vom christlichen Keramarbeiterverband sind 29 Kollegen. Die Revisoren bestätigten, daß alles in bester Ordnung war.

Untrüglich über den Mitgliederverlust im Mayener Gebiet bringen die Ströbke vom christlichen Keram- und Steinarbeiterblättern über diesen Bericht unter anderem folgende verlogene Darstellung:

Eine Zahlstellenabrechnung des sozialdemokratischen Steinarbeiterverbandes von Mayen wird in Nr. 34 des „Steinarbeiter“ veröffentlicht. Es werden am Schlusse des 2. Quartals 282 Mitglieder angegeben. Neu beigetretene sind im Laufe des Quartals 26, aus andern Verbänden übergetretene 29, insgesamt also 55. Rechnet man diese 55 ganz ab, so bleiben noch 227 Mitglieder, die im ganzen Quartal Mitglied waren. Hätten nun die neu Beig. Uebergetretenen gar keinen Beitrag bezahlt und die andern im ganzen Quartal nur je 10, statt 13 Beiträge, so hätten nach Adam Riese 2270 Beiträge geleistet werden müssen. In Wirklichkeit aber wurden einschließlich 104 Erwerbslosenmarken nur stark die Hälfte, 1281 Beiträge geleistet. Wenn diese alle zusammen einschließlich der Erwerbslosenmarken nur 1281 Beiträge leisteten, so müssen weit mehr als die Hälfte der angegebenen Mitglieder nicht zahlende Papierfalschhaber sein, zum Agittieren und Renommieren erdacht. Der ganze Bericht, der wie viele Ausdrücke aus dem Schimpfexikon des Genossen Staubinger, die den Arbeitern der Mayener Gegend gar nicht geläufig sind, enthält, frogt von persönlichen Beleidigungen und Beschimpfungen unserer Redakteurs und unsrer Beamten.

Der Schwarzünstler stellt also fest, daß, wenn jedes Mitglied nur 10, statt 13 Beiträge geleistet hätte, nach Adam Riese 2270 Beitragsmarken umgesetzt sein müßten. In Wirklichkeit seien aber einschließlich 104 Erwerbslosenmarken nur 1281 Beiträge geleistet.

Der Kassenbericht des Kassierers ergibt, wie es Klipp und Klar im „Steinarbeiter“ steht, einen Umlauf von

206 Beitragsmarken	..	à	50 Pfg.
1971	..	à	40
104 Erwerbslosenmarken	..	à	10

Das sind nach Adam Riese 2281 Beiträge.

Also gerade 1000 Beiträge hat der christliche Rechenkünstler abgeschrieben, um den Bericht seinen Zwecken dienbar zu machen. Es kann ja auch möglich sein, daß der Redakteur Fromm überhaupt nicht sicher rechnen kann und daß ihm nicht einmal die 4 Grundrechnungsarten geläufig sind. Dieser Hansdampf in allen Gassen beruft sich auf den seligen Adam Riese, derweil kann er nicht einmal die einfachste Rechenaufgabe lösen. Und so ein unfähiger Mensch will als Arbeiterführer auftreten. Wenn der schwarze „Pseudo steinarbeiterführer“ das einfachste Werkstück nach Tarif ausrechnen müßte, so läme der Faselhans in die ärgste Verlegenheit. Dieser Mann hat ja kaum die Fähigkeit, eine Quartalsabrechnung herzustellen. Weil Fromm 1000 geleistete Beiträge in ¼ Jahr weggeschwindelt hat, aber wegen geistiger Beschränkung nicht richtig addieren und subtrahieren konnte, so konnte er seinen Vefern den Kohl vorsetzen, unsere Mitglieder in Mayen seien schlechte Beitragszahler.

Wir sind nun gespannt, ob dieser christliche Wichtigtuer und Demagoge seinen Bericht unsere Richtigstellung vorlesen wird. Dem p. v. Fromm raten wir, nach Mayen zu pilgern, dort mag er sich vom einfachsten Steinbrucharbeiter Rechenunterricht erteilen lassen. Den Sekretär Brendel, der jetzt in Koblenz sitzt und wegen der dünnbesetzten Mitgliederzahl nicht weiß, was er zu tun hat, den mag er auch gleich mitnehmen, denn dieser Brendel kann auch nicht richtig rechnen, wie wir dieses im Frühjahr 1911 nachgewiesen haben. Und das die Zahlenkolonne im Hauptbureau des christlichen Gemeindefördererverbandes (St. Johannisburg) auch nicht sicher steht, das hat ja Hannes Wolf hinreichend gezeigt.

Die Keramiker plagen vor Wut, weil unser Verband eine so glänzende Entwicklung nimmt. Zehntausend Mitglieder haben wir beinahe innerhalb Jahresfrist gewonnen, und das schmertz die Zentrumsgewerkschaftler. — Mit dem Sprüchereifen nach M.-Glabbacher Manier kann man den schlecht entlohten Steinarbeitern Lohnzulagen nicht sichern. Und nun argert diesen sonderbaren Führer, daß wir einige im Adamskostüm vorführten und den deutschen Steinarbeitern zeigten, daß die Fromm, Gebürder Redner, Schedel usw. gar keine Steinarbeiter sind. Diese Bloßstellung können sie uns nicht vergessen, und nun, weil sie am Ende ihres miserablen Vateins sind, müssen sie zur Fälligung greifen.

Zum Schluß noch eins:

Wenn Fromm mit seinen Rechenkünstlern in einem Kaufmannsgeschäft so operieren würde, am zweiten Tage würde ihn der Prinzipal beim Kragen nehmen und ihn mit Schande und Spott zum Tempel hinaussagen. Herr Fromm scheint mit seiner Rechnungsoperation an das Hexeneinmaleins gedacht zu haben, welches lautet:

Du mußt verstehen:
Aus eins mach zehn,
Und zwei laß gehn,
Und drei mach gleich,
So bist du reich.
Wer liest die Bier!
Aus fünf und sechs
Mach sieben und acht,
So ist's vollbracht.
Und neun ist eins,
Und zehn ist keins,
Das ist das Hexeneinmaleins!

Taktisches bei Lohnbewegungen und Streiks.

II.

Auch das Kapitel Dauerstreiks müssen wir streifen. Es ist nicht nur Wunsch der Kollegen in den Zahlstellen, sondern auch die Verhandlungsleitung wird bemüht sein, alles daranzusehen, daß jeder Streik gewonnen werden soll. Die Steinindustriellen wiederum haben ein Interesse daran, daß bei Streiks für die Arbeiter wenig oder gar nichts herauspringt. Sie bieten alles auf, um uns die Streiks zu „verjagen“. Weil also bei einem Streik zwei Organisationsfaktoren in Frage kommen, so ist es nicht immer möglich, daß nur der eine, in diesem Falle nur die Arbeiter siegen können. Dauerstreiks haben wir meistens in der Hartsteinindustrie. Nicht selten enden sie mit einer Niederlage. Wir könnten eine Liste solcher Streiks aufzählen, unterlassen es aber aus taktischen Gründen. Die Hartsteinindustriellen sind in Lohnfragen äußerst „hartnäckig“. Unfern Verband anerkennt oder gar Tarife abzuschließen, ist einem Teil der Hartsteinindustriellen ein Grauel. Wir brauchen bloß auf die Orte Strehlen, Ströbel, Gualkau, Sommer, Wurzen, Lüptitz, Ammelsahn, Falkenhain, Großsteinberg usw. hinzuweisen, um daraus zu ersehen, wie reaktionär die Unternehmer sind.

Streiks, die 10, 12, 14 oder gar 20 und 24 Wochen dauern, sind diesen Granitindustriellen geradezu angenehm. Die Herren haben sich eingerichtet und wir verbluten uns dann in den Zahlstellen. Gewöhnlich ist zu verzeichnen, daß sich auf beiden Seiten eine große Portion Mut angesammelt hat, welche sich bei den Unternehmern besonders dadurch äußert, daß sie zahllose „Maßregelungen“ vornehmen. Solche Unternehmern müssen unsererseits „Kire“ gemacht werden, aber mit Dauerstreiks ist dies nicht möglich. Man muß solche reaktionäre Unternehmer, die nicht das geringste sozialpolitische Gefühl haben, durch kürzere Streiks, welche sich in bestimmten Zeitabständen wiederholen, zur Vernunft bringen. Wenn da nach 3-4 Wochen nichts herauszuholen ist, müssen wir die Klappe zumachen, selbstverständlich muß das auch den Streikenden in überzeugender Weise beigebracht werden. Hat man dann die Gewähr, daß Aufträge vorhanden sind, daß der Betrieb wieder flott im Gang ist, dann wird die Forderung, die vordem nicht anerkannt wurde, auf neue gestellt. Die Bedenkzeit braucht nicht mehr lange zu sein, der Unternehmer kennt ja die Wünsche der Arbeiter zur Genüge. Kommt abermals ablehnender Bescheid, dann muß man dem Unternehmer eben nochmals die Arbeitskräfte entziehen. Zwei- bis dreimal diese Taktik angewendet, dann wird mancher Scharfmacher ein Tarifanhänger. Wenn wir aber bis zum Weißbluten streiken, dann werden meist die Geschäfte der Gegner besorgt. — Unfern Kollegen fehlt sehr häufig der Mut, eine Niederlage einzugehen. Wahr ist es, daß es ein beklemmendes Gefühl ist, wenn, ohne daß etwas erreicht wurde, die Arbeit wieder aufgenommen werden muß. Aber bei Lohnkämpfen darf das Gefühl nicht immer ausschlaggebend sein. Mit Gefühlsargumenten läßt sich allerdings jeder Dauerstreik rechtfertigen. Mit den Dauerstreiks in der Hartsteinindustrie muß gebrochen werden, wir schneiden uns damit nur ins eigene Fleisch. Sehr oft hören wir den Einwurf, bei längeren Streiks werden besonders die Kleinmeister stark geschädigt, diese müßten denn zuletzt bewilligen. Wir müssen dahinter ein Fragezeichen setzen! Der Kleinmeister, der in normalen Zeiten 10-15 Mann beschäftigt hat, wird eben bei Streiks selbst wieder zum Schlägel und Eisen greifen, wie sich das ja im Odenwald und Schwarzwald gezeigt hat. Soviel verdient er ebenfalls noch, daß er ohne weiteres seine Existenz fristen kann. Wir haben nun absolut keine Veranlassung, bei Streiks, wenn die Hartsteinindustrie in Frage kommt, die Köpfe hängen zu lassen. Aber unsere Kollegen müssen, wenn taktische Maßnahmen in Frage kommen, schon bedeutend „beweglicher“ werden.

Genosse Brinmann schreibt im „Zimmerer“ (Nr. 41, Jahrg. 1909) über die Manövrierfähigkeit der deutschen Gewerkschaften folgendes:

Wir müssen aber auch unsere Waffen prüfen. Die deutsche Gewerkschaftsbewegung hat in ihrer vierzigjährigen Geschichte

nur zwei Waffen ausgebildet: Streiks und Platzperren. Die Unternehmerverbände haben weit mehr Waffen in Gebrauch: Maßregelung einzelner Personen, schwarze Listen, Maßregelungsbüros, Ersatz der organisierten Arbeiter durch unorganisierte, Gründung und Förderung schwarzer und gelber Konkurrenzorganisationen, Heranziehung von Streikbrechern, Aussperrung, Streikklause, Konventionalstrafen, Materialsperrern und systematische Lohnreduktion. Außerdem arbeiten Polizei und Staatsanwalt, der ganze kommunale und staatliche Verwaltungsapparat, die Justiz und die gesamte nicht sozialdemokratische Presse für die Unternehmerverbände gegen die Arbeiter. Da sollten wir an die Vervollständigung unserer Bewaffnung denken. Wir müssen dahin kommen, daß wir auf jeden Schelm der Unternehmerverbände anderthalben setzen können!

Auch der Anwendung unserer Waffen muß in jedem Falle größere Sorgfalt gewidmet werden als bisher. Platzperren über von Unorganisierten vollbesetzte Plätze bedeuten häufig Streikbrechererschutz und liegen nicht in unserm, sondern im Interesse des betreffenden Unternehmers. Langwierige Streiks reiben oftmals die Stohkraft unserer Kameraden auf und schaffen für die Unternehmer ungemein günstige Situationen. Platzperren und Streiks so zu beginnen, daß sie wirken, und unter gewissen Umständen Streiks und Platzperren so zu beenden, daß die Stohkraft der Organisation erhalten bleibt, ist eine Kunst, auf deren Übung noch lange nicht genug Sorgfalt verwendet wird. Dazu gehört nicht nur Führertalent, wie vielfach angenommen wird, sondern auch ausgeprägtes Taktgefühl in den Waffen. Im Zeitalter der Unternehmerverbände sind Geschick und Manövrierfähigkeit der Organisation die Hauptfaktoren bei gemeinschaftlichen Kämpfen!

Wir haben diesen trefflichen Worten nichts hinzuzusetzen.

Bei Lohnbewegungen und Streiks muß selbstverständlich die Führung eine wohlwollende und sichere sein. Wenn in dieser Beziehung das Arrangement schon zu wünschen übrig läßt, dann reißt meist in den Versammelten Leute die Führung an sich, die sich bisher um die Lohnbewegung nicht im geringsten bekümmert haben. In erster Linie ist notwendig, daß die verantwortungsvollen Instanzen nach den gewonnenen Eindrücken disponieren. Es ist feig, sich immer hinter die Masse zu verschließen, ob die vielleicht diesen oder jenen Vorschlag annimmt. Wenn die Mehrheit in der Kommission einen Weg als gangbar bezeichnet, so muß jedes Mitglied derselben den Mut haben, für die Vorschläge in der Arbeiterversammlung einzutreten. Wenn wir bei den Tarifverhandlungen, die sich oft mehrere Tage hinziehen, die Masse öfter ins Verhandlungslokal plazieren könnten, dann würde mancher Kollege über die Arbeit unserer Kommissionsmitglieder anders urteilen. Wir sind nun ganz und gar nicht der Meinung, daß durch die Massentimmung in taktischer Hinsicht das Richtige getroffen wird. Es ist nun heute einmal so, daß wir unsern Operationsplan nicht schwarz auf weiß in den Versammlungen kundgeben können. Da hätten es ja die Steinindustriellen sehr leicht, die Arbeiter vollends niederzuknüppeln. Allerdings, dafür hat die Masse schon Empfindung, ob sie richtig geführt wird. Geht ein Streik verloren und die Führer haben entschlossen und geschickt operiert, so wird man selten hören, daß nach Abbruch der Bewegung die Führer durch den Rot gezogen werden. (Einige Oppositionshähne, die alles besser wissen, wird es ja immer geben.)

Bebel über den Krieg.

In Vena führte über eine etwaige Kriegsgefahr der Abgeordnete August Bebel in einer glänzenden Rede, die auch im Auslande viel kommentiert wird, unter anderem folgendes aus: Wie werden denn im Falle eines Krieges ungefähr die Dinge sich gestalten?

Das ist sehr wichtig für die Beurteilung der Situation. Im Jahre 1893, als die große Militärvorlage auf der Tagesordnung des Reichstags stand, und wir Opposition machten, und namentlich auf die furchtbaren Wirkungen eines großen Krieges hinwiesen, da nahm der damalige Reichskanzler Caprivi das Wort. Caprivi war einer der deutschen Generäle, aber nicht der erste an Bedeutung. Er erklärte: Allerdings, wenn Krieg wird, treten Heere in die Erscheinung, wie sie die Welt noch nicht gesehen hat, wie sie noch kein General kommandiert hat; wie der Ausgang ist, weiß kein Mensch; was Deutschland betrifft, so wird ja am ersten Tage der Mobilmachung die gesamte kriegsfähige Mannschaft bis auf den letzten Mann einberufen.

Das waren damals schon 4 Millionen Männer, heute würden es 4½ bis 5 Millionen sein, und wenn man den Landsturm

flächen aus der noch eben rohen Masse heraus, schnell glättet und formt sich der Block, gewinnt Masse und Formen. Immer wieder legt der Meister Zirkel, Lehren und Winkel an, reißt mit rotem Stift neue Linien auf, die ihm Richtung und Dimensionen zeigen. Besonders interessant ist es, das Entstehen einer Kugel, wie sie häufig zur Krönung von Pfosten eines Garteneingangs verwendet wird, zu verfolgen; wie elegant der Hammer, zuletzt in ganz leisen Schlägen, dieses schwere stereometrische Gebilde werden läßt. Man hat auf den Arbeitsplätzen der Steinwerke für viele Stunden Stoff zum Schauen und Aufmerken. Die Granitabfuhr — auch die Bewandten Diabas und Gneis kommen vor — Bornholms ist recht stattlich; in den kleinen Häfen von Allinge, Sandvig und Hammershus verschluden die dachbühigen großen Segler oder Dampfboote Tag für Tag ganze kleine Berge von Pflastersteinen und Treppenstufen, Einfassungsborden und Bauquadern, um sie über die Ostsee zu tragen.

Phantastischer als die Menschenhände arbeitet das Meer. Die Klippen, Riffe und Schären Bornholms zeigen Harigsteinfelsen, wie man sie schöner kaum finden wird. Türme und Brücken, Höhlen und jauchende Bänder hat die See konstruiert und zur Ausführung gebracht, aufgezeichnet und herausgefressen. Und stetig schafft sie Neues, Riegelsteinen. Der seine Renatafencepfeiler, der als ein Kunstwerk von höchstem Reiz den Hafen unserer kleinen Stadt flankiert, wird, bis ich wiederkomme, zu einem zierlichen Türmchen geworden sein. Ständig wandelt sich das zerklüftete und zerriffene Meer, und es wäre für den Eingeweihten eine anregende Beschäftigung, die Metamorphosen der Baden und Zinken zu beobachten und zu beschreiben. Doch möchte ein Menschenleben, auch wenn es hoch kommt und lange währet, nicht genügen, die wechselvollen Schicksale einer Klippe, von dem Augenblick, in dem sie allein aufragt, gewissermaßen aus dem Muttergestein herausgesprungen ist, bis zu demjenigen, in dem sie zerbröckelnd abstirbt, zu erzählen: so hart ist der Granit Bornholms.

zweiten Aufgebots mit einberufen — und das wird geschehen — dann sind es 5½ bis 6 Millionen Männer. Das ist ein ganz kolossales Aufgebot. Das ruft eine

Revolution in unsern gesamten sozialen Verhältnissen

herauf. Millionen von Arbeitern werden weggerufen von ihren Familien, die nichts mehr zu essen und zu beizen und zu leben haben. (Lebhafte Zustimmung.) Hunderttausende von kleinen Gewerbetreibenden können ihren Bankrott anfragen, weil ihnen jedes Mittel zur Fortführung ihrer Geschäfte fehlt. Die Kurse erleiden einen Sturz, von dem wir jetzt nur eine ganz kleine Probe gehabt haben und durch den Zehntausende von wohlhabenden Familien zu Bettelanten gemacht werden. Der Ausführhandel, der gewaltige Welthandel wird unterbrochen. Zahllose Fabriken und gewerbliche Unternehmungen kommen zum Stillstand.

Arbeitslosigkeit und Verdienstlosigkeit an allen Ecken!

Die Zufuhr der Lebensmittel hört ganz oder zum großen Teil auf. Die Preise der Lebensmittel erreichen eine unerschwingliche Höhe, obwohl sie heute schon kaum erschwinglich sind. Dann aber wird das die

allgemeine Hungersnot

tatsächlich bedeuten. Was glaubt man denn, was aus einer derartigen Situation entsteht? Da fragen die Massen nicht nach Massenstreik. (Lebhafte Beifall.) Da schreien sie nicht nach dem Massenstreik, da schreien sie nach Arbeit und Brot (Stürmische Zustimmung) — so liegen die Dinge — nach Arbeit und Brot, die mit Ausnahme der Industriellen und Gewerbe, die direkt am Kriege interessiert sind, niemand ihnen bieten kann. Wer wird die Familien der Arbeitslosen unterstützen? Die Klassen der Gewerkschaften werden bankrott, sie können die Unterstützungen nicht leisten, auch die Gemeinden nicht, auch der Staat und das Reich nicht, der Staat und das Reich, dem seine Armee und Flotte jeden Tag der Mobilmachung 45 Millionen Mark kostet, 1350 Millionen Mark in einem Monat.

Und stellen Sie sich den Krieg selbst vor mit der ungeheuren technischen Entwicklung der Repetiergewehre, den Schnellfeuergeschützen, den Maschinengewehren, mit all den modernen Sprengstoffen und so weiter. (Zuruf: Luftschiff!) Als im vorigen Jahre in Glatz-Bohmen die großen Kaisermanöver unter dem Feldmarschall Grafen Saelfer stattfanden, hat er am Ende erklärt: „das Manöver war sehr schön, aber gefragt habe ich mich doch, wenn es Ernst wird, wo bringen wir die Leichen unter, und vor allem, wo bringen wir die Bewundeten unter?“ (Lebhafte Hört, hört!) Da wird ja eine Stimmung erzeugt, von der wir uns keinen Begriff machen. 1904 habe ich dem Reichskanzler Fürst Billow gesagt, wenn das kommt, dann steht

die Existenz der bürgerlichen Gesellschaft auf dem Spiele. (Stürmische Zustimmung.) Und nicht wir sind es, die das herbeigeführt haben, sondern die Vertreter dieser bürgerlichen Gesellschaft (Lebhafte Zustimmung), die da glauben, dadurch die bürgerliche Gesellschaft zu stützen, sie tragen die Verantwortung für all das ungeheure Elend und die schrecklichen Folgen eines solchen Krieges. (Stürmische Zustimmung.)

Die Teuerung.

Alle Welt klagt über die Teuerung der Lebensmittel und besichtigt, sie werde noch einen größeren Umfang annehmen; für den Winter sehen Kundige schon eine wahre Hungersnot voraus. Es wäre zu wünschen, daß sie sich täuschen, lieber können wir daran nicht glauben und sehen der Entwicklung der Dinge mit größter Besorgnis entgegen.

Die unmittelbare Ursache der Teuerung ist zweifellos die ungewöhnliche Dürre des jetzt zur Reize gehenden Sommers; der andauernde Mangel an befruchtendem Regen einerseits, die immerwährende sengende Glut der Sonnenstrahlen andererseits war allen Feldfrüchten höchst ungünstig und mußte in allen Gegenden auf allen Gebieten der Landwirtschaft mehr oder weniger zu Misseten führen, die einen Mangel an Landwirtschaftsprodukten aller Art entweder schon jetzt spürbar werden lassen oder doch für die nächste Zukunft in Aussicht stellen. Die Nachfrage ist also im Verhältnis zum Angebot beträchtlich gestiegen oder das Angebot hinter der Nachfrage zurückgeblieben; wo das noch nicht geschehen ist, kann man aber annehmen, daß es noch geschieht. Ein Anziehen der Warenpreise war nach den heutigen wirtschaftlichen Gesetzen unvermeidlich und wird auch vorläufig nicht aufzuhalten sein. Da auch die Mittel zur Fütterung des Viehes auf dem Acker wachsen oder vielmehr nicht, wenigstens nicht recht gewachsen sind, ist auch das Fleisch teurer geworden, das ohnehin schon für den Arbeiter mit seinem meist fargen Verdienst fast unerschwinglich war. Daß der Handel diese Gelegenheit beim Schopfe nimmt und die Preise über das Maß dessen, was ihm beim Einkauf oder bei der Produktion an Ausgaben mehr auferlegt wird, hinaus steigert oder die Steigerung in höherem Maße beliebt als sie durch den Mangel an Produkten bedingt wird, versteht sich am Rande, und zwar sündigt hierbei Großhandel, Zwischenhandel und Kleinhandel in gleichem Maße. Der Lebensmittelhandel hat eine „günstige Konjunktur“; wie am Vorabend des Pfingstfestes Strohhüte ein unverschämtes höhen Verdienst abwerfen müssen, so müssen es Lebensmittel am Vorabend einer Hungersnot und während derselben noch mehr, nur daß dort die gesteigerte Nachfrage die Preise hochtreibt, hier aber der verhältnismäßig geringe Vorrat, der trotz verringerter Nachfrage doch verhältnismäßig stark genug begehrt wird, so daß er auch bei übernormaler Preissteigerung Abnehmer findet.

Das Brotgetreide hat bereits einen Stand erreicht, daß man schon von Hungerpreisen reden kann. Wie sprunghaft die Preise in die Höhe gehen, zeigt die Tatsache, daß Septemberroggen, der am 1. August pro Tonne auf 166 Mk. stand, an der Berliner Börse schon am 4. September mit 196,50 Mk. notierte. Septemberweizen notierte am 1. August mit 199,25 Mk., am 4. September mit 215,75 Mk. Für spätere Sichten sind die Preise noch wesentlich höher, so ist der Preis für Matroggen bereits 201,50 Mk., für Malweizen 222,75 Mk. Diese Steigerungen sind so enorm, daß man wohl annehmen muß, die Spekulation habe in den letzten Tagen arge Ueberschreitungen unternommen. Von den Säulern wird allerdings behauptet, daß die Erhöhungen nur deshalb so sprunghaft und stark gewesen sind, weil der Preisstand seit längerer Zeit der Situation nicht entsprochen hätte. Selbst wenn nun ein mäßiger Rückgang eintreten sollte, wären die Preise doch noch so hoch, daß die große Masse des Volkes auch zur Einschränkung ihres Brotverbrauchs schreiten müßte. Das bedeutet in der Tat Hunger, denn nicht nur das Fleisch ist zu einem Luxusartikel geworden, sondern auch Gemüse und Kartoffeln werden kostbare Gemüse.

Gemüse kann von Arbeiterfamilien allenfalls noch zum Anblick auf den Tisch gestellt werden. Für Kohlköpfchen gut faustgroß sind 40 Pfg. gefordert worden, neuerdings sogar 80 Pfg. und darüber. Sauerkraut stellt sich auf 28 und 30 Pfg. pro Pfund, wo im Vorjahre 5 und 6 Pfg. gezahlt wurden. Da muß sich heute eine Familie, die früher wenigstens noch einige Pfund davon auf den Tisch bringen konnte, mit einem ganzen Pfund, vielleicht auf 6 bis 8 Personen, begnügen. Weiter langt es eben nicht. Man mag die lange Reihe dieser Nahrungsmittel durch-

Bornholmer Granit.

Von Otto Ernst Sutter.

Wenn ich in der Sonne des Frühnamittags auf der Heide der Hochküste liege, höre ich das Singen der brandenden Wellen und die helle Musik emsiger Steinmeißel, die dem hochendenden Ohr allmählich sich innig vermengen. Meer und Menschenhände arbeiten im Granit der Insel. Die See greift gierig das glitzernde Gestein an, das trotzig um jeden Zoll seines Bestehens kämpft. Und das gefräßige Wasser muß es sich sauer werden lassen, ehe es ihm gelingt, ein paar Striche breit weiter vorzubringen. Hartköpfig gegen die mechanischen Kräfte der Bohrkränge und des Hammers, verursacht der Bornholmer Granit auch den Sprengarbeitern bittere Tropfen Schweißes.

Das Straßensystem mancher deutschen Städte besteht aus dem violettgrauen Syenit der Insel Bornholm, der gleich dem schwedischen Granit einen hohen Ruf genießt, zumal im Norden des Deutschen Reiches. Doch werden aus dem mit gewöhnten Gestein auch Treppentufen, Fensterbänke, Türstürze, Pfeiler, Säulen, Erböge, Bänke und Brunnenböden gefertigt, und weiterhin Grabmäler, Denkmalssockel und die unterschiedlichsten Schmuckstücke. Es mag der Unterstod des einen oder andern preußischen Kriegerdenkmals aus dem Urgebirge des baltischen Gilands sein. Ueber dessen ganze Nordküste sind kleine und größere Steinbrüche zerstreut, oft werden nur ein paar wenige gute Bausteine gelöst und in Form gebracht, dann ruht die Fundstelle wieder für ewige Zeiten. Systematisch betrieben werden in dessen die großen Abbaustätten am Hammersee, dort hat sich eine Hartsteinindustrie großen Stils und mit den neumontänen Betriebsmethoden arbeitend ausgebildet, nicht gerade zur Freude derjenigen, die ungeführte Naturschönheiten suchen. Der gebrochene Granit wird an Ort und Stelle gleich bearbeitet. Es ist unterhaltsam, den Steinmetzen beim Werke zu beobachten. Erkaunlich rasch treten Kanten und

Fenster aus sieht man hinunter in starrendes Eisen von Trägern, Rädern, Maschinen, Brücken. Das Flecken Himmel oben ist grau; der Rauch erlaubt ihm kein freundliches Gesicht. — Ich gehe heim mit schweren Gedanken.

Ein entsetzliches Bild vom sozialen Elend; einige Leser der Hilfe werden verwundert und erschrocken gewesen sein, um sich dann schnell Zerstreuung zu suchen. Auch Pfarrer Traub ist erschrocken und verwundert. Er schreibt weiter: „Was mich wundert? Daß die Welt so ruhig weitergeht. Was mich wundert? Daß trotz solcher Verhältnisse doch Menschen wachsen, die in ihrer Art mit dem Leben fertig werden. — Was mich wundert, das ist: daß es trotzdem so viel Treuherzigkeit und Gutmütigkeit gibt. Die Menschen scheitern über zunehmende Rohheit. Mich wundert, daß sie nicht schon viel höher gewachsen ist. Die Zahl der Entgleisten ist doch, an solcher Umgebung gemessen, gering. Gerade die Sittenstrengen müssen hier Zehntel ganz anders beurteilen, als bei ihren gezeigten und beobachteten Kameraden. — Wenn die Menschen dort sinken, so ist es doch eiserne Folgerichtigkeit.“

Pfarrer Traub ist äußerst verwundert über das Erlebte und hat sich doch längst über die Lage des Volkes unterrichten können. Er wundert sich über die Tatsache, daß die Armen und Bedrückten — für die er nach der Aufgabe des Christentums doch eigentlich hauptsächlich sorgen sollte — überhaupt noch mit dem Leben fertig werden. Ueber diese Frage unterzieht ich mich einmal mit einem protestantischen Geistlichen, der sich wie folgt dazu ausdrückt: „Wenn ich so die Arbeiter betrachte, wie sie immer mit dem geistlichen Schlecht Hut und demselben schlechten Rock auf Arbeit gehen, so empfinde ich es fast wie Neid, daß wir Bessergestellten nicht auch so verfahren können. So find wir aber durch gesellschaftliche Verpflichtungen gezwungen, uns ständig gut und neu zu kleiden, und unsre Aufwendungen dafür verschlingen einen so erheblichen Teil unsres Einkommens, so daß wir zum Leben im Grunde auch nicht mehr haben, als die Arbeiter.“

Der Geistliche hatte nur vergessen, daß die Arbeiter auch noch andre Bedürfnisse haben, als sich zu kleiden. Aber die unerbittlichen Verhältnisse zwingen die Arbeiter nicht nur, immer mit der gleichen schlechten Kleidung auf Arbeit zu gehen, sondern auch täglich mit immer derselben lärglichen und unzureichenden, ja oft schlechten Nahrung für sich zu nehmen. Dazu kommt noch, daß gerade die Arbeiter ununterbrochen zu arbeiten gezwungen sind, um überhaupt ihr entbehrungsreiches Dasein fristen zu können, obwohl sie am allermeisten einer längeren Ruhepause bedürften. Oder ist der Bessergestellte auch in dieser Hinsicht im Grunde nicht besser daran, als der Arbeiter, der sich ja nach getaner Arbeit im Lichtbühnen für wenige Groschen eine Erholungsreise leisten kann?

So ist es aber nun einmal, daß man die Arbeiter ihrem Schicksal überläßt — die mögen sich nur selber helfen. Auch Pfarrer Traub gibt keine Antwort, was werden soll. Er wundert sich bloß immerzu. Er wundert sich, daß die Arbeiter mit dem Leben fertig werden, daß die Welt ruhig weiter geht, daß die Kriminalität des Volkes nicht größer ist. Aber er hat auch gefunden, daß die elende Lage noch nicht alle Regungen im Proletariat erstickt hat. Er schreibt: „Man sage nicht, daß sie es nicht besser verstanden, als zu arbeiten und zu trinken. Sie haben ihren Stolz und kennen ihr Herz. Auch zu ihnen kam die Sehnsucht nach Wissen und Glauben, und sie erinern sich der Tage verlornener Jugend voll Bitternis. Auch dort lebt der Sinn für Rechtlichkeit, Schönheit und Güte.“

Ja, auch zu ihnen kam die Sehnsucht nach Wissen und Glauben. Aber nicht durch die Bessergestellten und das Christentum, das sich dazu als unfähig erwiesen hat, sondern durch die Arbeiterbewegung. Die Arbeiterbewegung festigt auch im Proletariat den Sinn für Rechtlichkeit, Schönheit und Güte, der dem Bürgertum abgeht. Und die sich selbst überlassenen Arbeiter werden sich auch selber helfen und sich ein neues Leben schaffen. sp.

Gewerkschaftsbewegung und Neutralität der Behörden.

II.
Zu den letzten Jahren machte sich der Mangel an behördlicher Neutralität immer deutlicher bemerkbar und die Mißgriffe, Amtshandlungen und Gesetzesverletzungen seitens der Beamten mehren sich in geradezu erschreckendem Maße. Wenn es gilt, die rote Rote zu bekämpfen und der Syntra der Revolution den Kopf zu zerschlagen, so macht die gesamte Beamenschaft mobil: vom Oberpräsidenten bis zum Dorfschulzen, vom Justizminister bis zum Gerichtsbekler, vom Reichsanwalt bis zum Landrat, vom Polizeidirektor bis zum Schussmannsadvokat und bis zum letzten Landgendarmen — der ganze Heerbann, der an der Staats- und Gemeindepuppe geführt wird, marschiert gegen das um eine bessere Existenz kämpfende Proletariat. Das gilt heutzutage als eine Selbstverständlichkeit und es erregt fürwahr Aufsehen, wenn irgendwo der Grundsat der Gleichberechtigung in der Praxis zur Geltung kommt. Daß unter einem solchen Zustande das Vertrauen zu der geltenden Rechtsordnung immer mehr verloren geht und daß das Gefühl der Rechtssicherheit in weiten Volkskreisen völlig geschwunden ist, braucht wohl kaum noch erwähnt zu werden. Es ist eine wahre Drachensaat, die ausgestreut wird; wenn sie aufgeht, kann sie unserm deutschen Vaterlande großen Schaden zufügen. Aber es ist ja nun einmal das Unglück der Herrschenden, daß sie die Wahrheit nicht hören wollen und auch an ihnen scheint sich das alte Dichterwort zu bewahrheiten, daß die Götter den Menschen mit Blindheit schlagen, den sie verderben wollen.

Das alle könnte uns kalt lassen, wenn nicht die Koreingemommenheit der Behörden gegen die moderne Arbeiterbewegung so viel Unheil anrichtete und wenn nicht die Arbeiterorganisationen so schwer unter der Strapasslosigkeit der Beamten zu leiden hätten. Aber nicht nur das Proletariat als Gesamtheit wird dadurch geschädigt, sondern auch der einzelne Proletarier, der das Unglück hat, mit solchen Beuten in Verührung zu kommen, wird schwer davon betroffen. Deshalb erhebt sich immer lauter und stürmischer der Schrei nach einer Sühne für das verlegte Rechtsbewußtsein der Unterschichten unsres Volkes. Die Forderung, daß der durch die behördlichen Mißgriffe angerichtete Schaden wieder gut gemacht werden müsse, wird nicht mehr verstummen. Es läßt sich nicht einsehen, weshalb der uralte Rechtsgrundsatz: „Wer Schaden anrichtet, muß die Folgen tragen!“ vor den Organen des Staats oder der Gemeinde halt machen sollte. Ein Arbeiter, der durch einen Polizisten widerrechtlich verlest wird, hat Anspruch auf Sühne, nicht minder auch eine Organisation, der eine Versammlung aus ungeleglichen Gründen verboten oder aufgelöst wird. Das beleidigte Rechtsgefühl verlangt, daß der entstandene Schaden wieder gutgemacht und das der Schuldige zur Rechenschaft gezogen wird.

Ueber die Berechtigung einer Schadenersatzpflicht für behördliche Verfehlungen kann wohl kein Zweifel bestehen, fraglich und unstritten ist es nur, wem diese Pflicht obliegen soll. Nach der gewöhnlichen Meinung soll Staat und Gemeinde für die durch dienstliche Handlungen oder Unterlassungen ihrer Organe entstandene Schädigung haftbar gemacht werden. Der Deutsche Juristentag, eine Vereinigung hervorragender Rechtslehrer und Rechtspraktiker, hat sich seit drei Jahrzehnten mit diesem Gegenstande beschäftigt und auf seiner Generalversammlung in Kiel vom Jahre 1906 hat er in einer Resolution den Standpunkt vertreten, es sei eine Anstandsspflicht des Staats resp. der Gemeinde, daß sie für den Schaden aufkomme, der durch ihre Beamten im Dienst verursacht sei; auch wurde ausdrücklich gefordert, daß diese Verpflichtung zur Schadloshaltung durch gesetzliche Bestimmungen festgelegt werde.

Eine solche gesetzliche Regelung ist bislang noch nicht erfolgt, trotzdem der heute bestehende Rechtszustand und die heute geltende Verwaltungspraxis gleichermaßen unhaltbar sind und nach Abhilfe geradezu schreien. Der traurige Fall des Arbeiters Herrmann in Berlin wirft ein grelles Schlaglicht auf die heutige Rechtslage. Herrmann war während der Mosabiter Unruhen, um seinen Sohn zu suchen, auf die Straße gegangen, wo er als völlig Unbeteiligter von zwei Schutzleuten widerrechtlich angegriffen und ermordet wurde. Seine Witwe verlangt vom Berliner Magistrat eine Entschädigung, weil sie und ihre Kinder den Ernährer verloren haben. Sie ist mit ihrem Anspruch abgewiesen worden, weil nach dem noch heute geltenden Gesetz von 1850 nur der Verletzte, aber nicht seine Angehörigen Anspruch auf Schadenersatz haben. Ein Rechtszustand, der wirklich zum Himmel schreit. Die heute geltende Verwaltungspraxis wird grell beleuchtet durch ein Vorkommnis in Altona. Dort war ein städtischer Schutzmann, der einen Bürger mißhandelt hatte, auf Zahlung einer Entschädigung verklagt worden. Weil er die Mißhandlung bestritt, wurde ihm der sogenannte Reinigungsbeld zugesprochen; er sollte durch einen Eid bekräftigen, daß er den Kläger nicht mißhandelt habe. Er verweigerte die Leistung dieses Eides, angeblich aus Gewissenhaftigkeit, und wurde insolge dessen zur Zahlung einer Buße verurteilt. Nun passiert das Eigenartige, daß sich die Stadtverwaltung ihres Beamten annahm und für ihn Buße und Kosten aus dem Steuerfödel bezahlte. Der Schutzmann war der Schuld ledig und die Altonaer Bürger haben das Vergnügen, die Prügelei des Schutzmanns aus ihrer Tasche bezahlen zu dürfen. Die Art und Weise, wie die Altonaer Behörde einen angerichteten Schaden wieder gut macht, entspricht offenbar nicht den Forderungen der Gerechtigkeit und Billigkeit. Im gewöhnlichen Leben und bei gewöhnlichen Zivilpersonen ist es Brauch, daß jeder erwachsene, zurechnungsfähige Mensch die persönliche Verantwortung für sein Tun und Lassen trägt und daß er für einen Schaden, den er absichtlich oder fahrlässig angerichtet hat, persönlich haftbar gemacht wird. Wenn ein Arbeiter bei irgendeiner Verletzung nicht aufpaßt und dadurch Schaden anrichtet, so muß er Ersatz leisten; wenn ein Richter einen Passanten durch sein Fahrwerk verlegt, so muß er die Folgen tragen; wenn ein Bauunternehmer ein mangelhaftes Gerüst errichtet, wodurch ein Mensch zu Schaden kommt, so muß er bezahlen. Und so ist es in jedem Falle. Warum will man den Herren Beamten eine Extrawurst braten? Das Bürgerliche Gesetzbuch enthält allerdings in seinem § 839 die Schadenersatzpflicht der Beamten, wenn eine absichtliche oder fahrlässige Verletzung der Dienstpflicht nachweisbar ist, aber gegen diese eigentlich ganz selbstverständliche Bestimmung werden von interessierter Seite Einwendungen gemacht und es wird die Frage aufgeworfen, ob die persönliche Haftpflicht der Beamten praktischen Wert habe resp. ob sie im Interesse des Dienstes wünschenswert sei.

Zunächst wird die Befristung ausgesprochen, daß sie eine übertriebene Karglichkeit der Beamten bei Erledigung der Dienstgeschäfte zur Folge haben und den Bürokratismus fördern werde. Sodann sei es auch sehr schwer, den schuldigen Beamten im einzelnen Falle zu ermitteln und den Nachweis zu erbringen, daß es sich um eine absichtliche oder fahrlässige Amtsverletzung handle und daß nicht etwa eine Ueberbürdung mit Arbeit die Ursache des Schadens sei. Eine etwas sehr eigenartige Begründung! Also weil der schuldige Beamte sehr schwer zu ermitteln ist und weil er sich dann noch hinter Arbeitsüberbürdung oder einer sonstigen Ausrede vertritt, deshalb soll man ihn überhaupt nicht ansassen? Seit wann ist es denn Brauch, einen Menschen laufen zu lassen, weil er sich herauszureden sucht? Ebenso nichtsagend ist der fernere Einwurf, daß die meisten Beamten mittellos seien und daß man deshalb, selbst wenn sie verurteilt würden, doch nichts von ihnen holen könne. Hier könnte man doch höchstens fordern, daß in einem solchen Falle Staat oder Gemeinde für den Beamten einzuspringen haben, damit der Geschädigte unter allen Umständen zu seinem Rechte kommt.

Wir verlangen also, um unsern Standpunkt noch einmal festzuhalten, daß ein Beamter für sein Tun und Lassen ebensogut persönlich haftbar gemacht wird, wie jeder andre Sterbliche, und wir lehnen es rundweg ab, daß man den Beamten in dieser Beziehung Vorrechte einräumt. Die persönliche Schadenersatzpflicht der Beamten muß mit aller Strenge durchgeführt werden, weil sie das einzige Mittel ist, um ihnen eine Innehaltung der Gesetze und eine Achtung vor den Rechten der Bürger anzuerkennen. Die Herren müssen die Folgen ihrer Handlungsweise an eignen Geldbeutel verspüren, damit sie lernen, daß sie unsrerwegen und nicht wir ihrerwegen da sind.

Ueber den Parteitag

Schreibt Genosse Lautsky in der „Neuen Zeit“ unter anderem: „Der Jenaer Parteitag hat gehalten, was er versprochen. Er hat eine Einmütigkeit der Partei bekundet, wie sie schon lange nicht dagewesen. In den Leiden Lebensfragen, der Kriegsfrage wie der Wahlfrage, haben sich keine ernsthaften Differenzen ergeben. Mit vollster Geschlossenheit zieht die Partei in den Wahlkampf, kämpft sie für die Erhaltung des Weltfriedens.“ Das dürfte von vornherein erwartet werden. Was aber unerwartet kam, und was in sonderbarem Gegensatz zu dieser sachlichen Einmütigkeit stand, war die große Gereiztheit, die stellenweise bei der Behandlung einiger Differenzen mehr technischer, gar nicht prinzipieller Natur zutage trat, namentlich bei der Erörterung der Frage, ob der Parteivorstand in der Entfesselung der Agitation gegen die Kriegsgefahr rechtzeitig auf dem Platze gewesen sei.

Besonders heiß wurde darum gestritten, ob der Parteivorstand mit Recht dem Zusammenritt des Internationalen Bureau Mitte Juli entgegengegriffen habe. Die Kritiker des Parteivorstandes haben nicht erkennen lassen, zu welchem Zwecke sie den Zusammenritt des Internationalen Bureau wünschten. Auf jeden Fall ist diese Frage eine solche, über die man sehr wohl verschiedener Meinung sein kann, und man durfte um so eher erwarten, die Diskussion darüber würde ein leidenschaftliches Abwägen von Gründen werden, als ja unsere Partei auch diesmal wieder ihr bekanntes Schweinegeliß hatte, die Ereignisse sich nicht überstürzten, sondern ins Stöden gerieten, so daß die Friedensagitation des Vorstandes noch rechtzeitig einsetzte. Wenn die Diskussion darüber nichts weniger als leidenschaftlos blieb, so wurde dies nicht durch Vorkommnisse auf dem Parteitage hervorgerufen, sondern was die Folge der Art und Weise, wie ein Teil der Kritiker des Parteivorstandes seine Kritik schon vorher, namentlich in der „Leipziger Volkszeitung“, beibringen hatte. Die „Leipziger Volkszeitung“ und die „Bremer Bürgerzeitung“ waren im Laufe des letzten Jahres mehrfach mit dem

Parteivorstand, mit Mehring, mit mtr, einmal, gelegentlich der Abstrichungsdebatte, auch mit Ledebour höchst unzufrieden gewesen. Ob sie dabei im Rechte waren oder nicht, braucht hier nicht untersucht zu werden. Hier sei nur darauf hingewiesen, daß diese Differenzen gleich auf theoretische Unklarheit, theoretisches Unvermögen, die neuen Dinge zu begreifen, Befangenheit in bürokratischer Ideologie zurückgeführt wurden.

Eine derartige Art der Kritik bietet dem Kritiker für den Anfang sicher manche Vorteile und läßt ihn in bestem Blicke erstrahlen. Aber seine Triumphe sind sehr kurzlebig. Sollen gelegentliche Meinungsverschiedenheiten den Anschein tiefgründiger Differenzen erhalten, dann müssen Meinigkeiten aufgegeben, einzelne Urheuerungen gedreht und gezerrt werden, bis sie einen neuen Charakter erhalten. Wie das wirkt, ist leicht zu begreifen. Wo freundschaftliche Verständigung oder doch Aussprache möglich wäre, wird Erbitterung gefät. Aber noch schlimmer, Leute, die zusammengehören, werden durch vorübergehende Differenzen dauernd auseinander getrieben, sobald man solche Differenzen zu tiefgehenden aufhauht. Je länger eine Gruppe von Kritikern diese Art Kritik betreibt, desto größer wird die Zahl der Gefinnungsgenossen, von denen sie getrennt sind. Man isoliert sich immer mehr. Und wie weit dieser Prozeß bei der „Leipziger Volkszeitung“ und ihren Freunden schon vorgeschritten ist, das hat drastisch der letzte Parteitag gezeigt.

Es wäre für unsere Sache von großem Vorteil, wenn das Jähnlein der sieben Aufrechten von Leipzig und Bremen es verstände, die Lehren dieses Parteitages zu beherzigen. Bisher sind allerdings die Ausfichten dazu gering. Rosa Luxemburg verzeigte es mit Genugtuung, daß Bebel ihr gegenüber den Beifall der Revisionisten erhielt. Das hätte wohl als eine bedenkliche Wendung erscheinen können, wenn er nur den Beifall der Revisionisten allein erhalten hätte. Aber er erhielt den großen Mehrheit des Parteitages, und die Tatsache, die sie mit so großer Genugtuung konstatierte, war die, daß ihre Auge Laßt die äußerste Linke unsrer Partei aus der Mehrheit des Parteitages herausgedrängt hatte, ohne daß sich in den Anschauungen der Partei irgendein Wandel nach rechts vollzogen hätte.

Daß kein solcher Wandel eingetreten ist, das bezeugte in deutlichster Weise die Vorstandswahl, der wichtigste Akt, den der Jenaer Parteitag vorzunehmen hatte. Das Ergebnis hat gezeigt, daß die überwiegende Mehrheit der Partei entschlossen ist, den bisherigen Kurs mit vollster Entschiedenheit auch weiter zu verfolgen.

Nachdem dies wieder einmal aufs ungewandteste festgestellt worden, wird wohl auch der rechte Flügel der Partei der Ueberzeugung sein, daß unter dieser Voraussetzung Genosse Daase der geeignete Nachfolger Paul Singers sei.

Die Vorstandswahl bildete den einzigen Akt in Jena, bei dem es zu einer Kraftprobe zwischen dem rechten und linken Flügel kam. Bei allen andern Entscheidungen wurde dieser Unterschied ausgeglichen. Die Entscheidungen über die beiden Lebensfragen der Partei, die zur Verhandlung kamen, die Marxfrage und die Wahlfrage, wurden sogar einstimmig gefät, die erste ohne jegliche Diskussion, eine machtvolle Demonstration unsrer Geschlossenheit.

Wir können den Ausführungen des Genossen Lautsky nur vollinhaltlich zustimmen. Unser Vortragsartikel (siehe Nr. 88) hat in Leipzig einige Bekennung hervorgerufen. Wir werden aber auch in Zukunft das schreiben, was im allgemeinen Interesse der Partei liegt.

Korrespondenzen.

Chemnitz. Eine gut besuchte Versammlung tagte am 28. September im Restaurant Reichsbelei, welche sich im 1. Punkt mit der Vorlage des Normaltarifs beschäftigte. Die achtwöchige Kontrollrechnung hat ergeben, daß wir mit der Normaltarifvorlage ohne Prozente nicht einverstanden sein können. Da sich bei manchen Ständen, Posteaer wie Cottauer Sandstein, ein Minus von 8 Prozent ergab. Nach einer lebhaften Debatte wurde beschlossen, einen Zuschlag von 10 Prozent zu verlangen und wurde unser Vertreter Oskar Barthel mit „gebundenem“ Mandat zur nächsten Tariffassung beauftragt, nur die Vorlage anzuerkennen, wenn obiger Prozentschlag gewährt wird. Im weiteren kam die Aufschrift der Tarifkommission vom 29. August zur Verlesung, wonach die Arbeitgeber die Kontrollrechnungen anzuweisen und den Termin des Inkrafttretens des Tarifs bis auf weiteres verschoben haben und zwar bis 1. März 1912. Ueber diese Aufschrift setzte eine lebhafte Debatte ein und mancher Vorwurf wurde laut, daß die kleine Tarifkommission sich mit diesen Abmachungen der Arbeitgeber einverstanden erklären konnten. Es wurde beschlossen, bei der Sauerleitung eine Konferenz für Sachen zu beantragen, die sich mit dieser Frage beschäftigen soll. Im weiteren wurde beschlossen, wenn die Vorlage nicht längstens bis zum 15. Oktober zum Abschluß gebracht wird, wir unsern alten bestehenden Tarif kündigen werden, denn über 2 Jahre dauern jetzt nun schon die Verhandlungen über den Normaltarif und immer noch ist kein Abschluß zu sehen. Zum 2. Punkt: Wahl eines Revisors, wurde Kollege Hermann Siegel einstimmig gewählt. Beim 3. Punkt: Gewerkschaftliches, wurde über den Lokalwechsel gesprochen. Da sich in unsern Versammlungen seitens anderer Vereine immer Störungen bemerkbar machten, so wurde der Vorsitzende beauftragt, auf sämtlichen Plätzen eine Urabstimmung vorzunehmen, ob wir unser altes Lokal beibehalten wollten. Die Abstimmung ergab 23 Stimmen für die „Reichsbelei“ und 53 Stimmen für das Restaurant „Arbeiterhörs“, wofür Joseph Martens, Gattstraße 7. Somit finden unsre Versammlungen in der „Arbeiterhörs“ statt. Die vom Kollegen Wolf ausgearbeitete diesjährige Statistil wird im „Steinarbeiter“ sowie in der „Volksstimme“ veröffentlicht werden.

Obelsbach. In Obelsbach und Umgebung herrschen zurzeit recht sonderbare Zustände. Im Frühjahr wurde ohne unser Wissen in Mittenberg ein Altimetertarif abgeschlossen, der nach der Meinung der Unternehmer auch für uns Geltung haben soll, was aber Gauleiter Lohse, der bei den Unterhandlungen war, bestreitet. Aber unsre Herren Unternehmer wollen sich nicht von ihrem Standpunkt abbringen lassen, und so gingen sie schon vor einigen Wochen daran, uns diesen Tarif aufzuzwingen, so z. B. bei der Firma Pius Arnold. Aber infolge des stöten Geschäftsganges wurde dieses von uns jederzeit abgewehrt. Recht natürlich, wo das Geschäft (angeblich) etwas flauer geht, kommen diese Unternehmer sofort wieder mit dem Ding. Sie bezahlen sogar noch unter Tarif. So bei Arnolds Söhne. Solange die meisten Kollegen den Wertplatz links liegen lassen, wurde von Tag 4.50 Mark anstandslos bezahlt; aber in dem Augenblick, wo die Buße voll Steinwegen stand, wurden die Preise heruntergedrückt. Die Kollegen sowie der Gauleiter wandten sich an die Firma betreffs Zulage. Wir bekamen aber abschlägtigen Bescheid. Die Kollegen lösten somit am 28. September gemeinsam das Arbeitsverhältnis und verhängten über diese Firma in Obelsbach und Wichtenstein die Sperr. Wir ersuchen daher die Kollegen allerorten, die Firma Arnold Söhne zu meiden und das Wichtensteiner Material nicht zu verarbeiten, indem die Firma schon geduldet hat, die Arbeit würde an andern Orten angefertigt. Bei Pius Arnold ist es genau so; hier trat der Vorsitzende mit der Firma in Verbindung betreffs der Preise. Die Antwort war: Die Steine sind genau nach Tarif gerechnet, und wenn die Steine diesen nicht machen wollen, so soll der Poller die Steine wieder fortschaffen. Dem Arbeiter wird es verübelt, wenn er bei gutem Geschäftsgang etwas mehr Lohn verlangt; der Unternehmer kann aber so selbstständig sein wie er will, da sagt niemand etwas dagegen. Nun zur Firma Wetter. Diese Firma wurde bisher sehr